

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft



Wem gehört die Erde?

1916-2016: Hundert Jahre »Die Natürliche Wirtschaftsordnung«
Flüchtlingskrise, Freizügigkeit und Freiland
Neue Schuldenkrisen drohen – Wann kommt Freigeld?

Liebe Leserinnen und Leser,

An den Grenzen werden heute die globalen Probleme sichtbar, beispielsweise am Strand von Lampedusa oder von Kos. Sie können einem glatt den Urlaub verderben. »Ich will nicht mit einem Cocktail auf der Strandliege liegen und daran denken, dass da ein Stück weiter draußen vielleicht gerade Menschen ertrinken«, wurde beispielsweise unlängst jemand in einer Zeitung zitiert.

Wenn ich aktuell die Medien verfolge, erlebe ich, dass es Menschen erster, zweiter oder gar dritter Klasse gibt – trotz Rechtsstaat. Ich erlebe, dass Grenzen wieder geschlossen werden, die bereits offen waren. Und ich erlebe Staaten, die sich nicht einig werden, weil einzelstaatliche Interessen den Vorrang vor gemeinsamen Lösungen bekommen.

Wo bleibt da die Vision, dass es auch ganz anders sein könnte? Dass jeder Mensch gleichberechtigt, auskömmlich und in Frieden auf dieser Erde leben kann? Dass wirkliche Selbstbestimmung und Freizügigkeit herrschen, ohne dass sich jemand bedroht fühlen muss?

Ist das bloß Utopie? Dass es so große Solidarität mit den Flüchtlingen gibt und viele Menschen sich persönlich einsetzen, das stimmt mich hoffnungsfroh. Das hätte ich gar nicht gedacht. – Aber was ist mit den Strukturen? Die Probleme sind nicht am Strand entstanden und auch nicht dort zu lösen. Darum setzt sich die INWO für strukturelle Lösungen im Bereich der Geld- und Bodenordnung ein.

»Nutzen statt besitzen« sollte in einer gerechteren Welt für das Land gelten, das ja Lebensgrundlage aller Menschen ist. Solange die Privatisierung durch Eigentumsrechte aber noch weiter fortschreitet, müssten wenigstens die leistungslosen Einnahmen aus dem Boden-

eigentum von der Gemeinschaft abgeschöpft werden.

Und für das Geld gilt im Prinzip das Gleiche. Als öffentliche Einrichtung soll es stetig von allen genutzt werden. Die Privatisierung zur Wertaufbewahrung oder Spekulation jedoch müsste mit Kosten belastet und so unterbunden werden. Was aber nicht bedeutet, dass man nicht mehr sparen könnte. Die Spargelder würden nur gerechter verteilt als heute. Und Entschuldung wäre machbar. Negativzinsen sind der richtige Weg, es fehlt nur noch eine Gebühr auf Bargeld.

Helfen Sie uns, diese Ideen bekannter zu machen. Teilen Sie Ihre Vision mit anderen! Und helfen Sie mit, neue Mitstreiter zu gewinnen. Wir brauchen eine starke Mitgliederbasis, um uns mit mehr Gewicht in die öffentlichen Diskussionen einbringen zu können. Wenn sich die Strukturen ändern, macht auch der Urlaub wieder Spaß.

Es grüßt Sie

Beate Bockting



Kontakt: Redaktion@INWO.de

Inhalt

3 Let's talk about soil!

4 Arian Schiffer-Nasserie: Flüchtlingskrise ist systemisch

7 Silvio Gesell: Freizügigkeit durch Freiland

10 Tagungen des SffO: Welt aus den Fugen?

12 Kristina Rehbein: Neue Schuldenkrisen drohen

14 Eckhard Behrens: Deutschland verdient Geld mit Bundesanleihen

15 Miles Kimball: Negativzinsen richtig verstehen

16 INWO Schweiz

18 INWO Deutschland

20 Buchvorstellungen

21 Bestellformular

22 Mitgliedsantrag INWO D

23 Ankündigung GLS-Geldgipfel und Internationale Degrowth-Konferenz

Impressum

FAIRCONOMY 12. Jahrgang, Nr. 1 März 2016, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.000 Exemplare; davon 420 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis:

Titelseite: © rebel / pixelio.de; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: © IASS Potsdam, www.iass-potsdam.de; 4: © Michael Heimann / pixelio.de; 5: © Fujisl / clipdealer.de; 6: © Kostas Koufogiorgos / www.koufogiorgos.de; 7: © Bigeasy Shoots / pixelio.de; 8: Enfant Jésus de Prague Joinville, CC: Vassil / Wikimedia; 10: © tepic / clipdealer.de; 11: © Thorben Wengert / pixelio.de; 12: © Bernd Kasper / pixelio.de; 14: © Marco2811 / fotolia.com; 15: © NexusPlexus / clipdealer.de; 16: Karikatur © Kostas Koufogiorgos / www.koufogiorgos.de; 17: flickr.com © Antonio Castagna; 18: Plakat © www.vaihingen-ös.de; 23: © www.glsbankstiftung.de; budapest.degrowth.org; 24: © Unterguggenberger Institut Wörgl/Archiv

Layout: design-angel.de, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Mühlbauer Druck, Puchheim (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg,
Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602,
E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist ei-

ne Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Let's talk about soil!

Das Jahr des Bodens liegt gerade hinter uns, und kaum einer hat's gemerkt. Das Thema Land und Boden bleibt jedoch – gerade im Hinblick auf die Flüchtlingsströme – eines der brennendsten Themen überhaupt. Lasst uns also über den Boden sprechen – und über seine Verteilung!

Die Vereinten Nationen hatten das Jahr 2015 zum »Internationalen Jahr des Bodens« ausgerufen, um das Problemfeld »Boden und Bodenschutz« mehr in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu rücken. Dazu zählt zum einen die zunehmende Sorge um die Bodenfruchtbarkeit, zum anderen aber auch die Frage des Zugangs zum Boden.

Der Boden – unsere Lebensgrundlage

Nur 10 cm fruchtbarer Boden entstehen in ganzen 2.000 Jahren. Wir sind gerade dabei, diesen fruchtbaren Boden aufzubrechen. Weltweit werden jährlich 13 Millionen Hektar Wald gerodet, in Europa jedes Jahr eine Fläche so groß wie die Stadt Berlin in urbanen Raum verwandelt. Ackerflächen werden zudem nicht nachhaltig bewirtschaftet, Monokulturen breiten sich aus. Auch die Ausnutzung von Hängen für den Ackerbau fördert die Erosion, so dass allein 2011 ganze 24 Milliarden Tonnen fruchtbarer Boden zerstört wurden. Ein Verlust von 3,4 Tonnen pro Erdbewohner. Laut Prognosen wird die pro Kopf verfügbare Ackerfläche bis 2050 nur noch halb so groß sein wie heute.

Wettlauf um Land

»Fruchtbarer Boden ist endlich, und deshalb unendlich kostbar. Das haben Investoren und Staaten erkannt. Der Wettlauf um die Böden dieser Welt hat längst begonnen: Landgrabbing – oft mit zweifelhaften Mitteln für zweifelhafte Zwecke. Millionen Hektar Land wechseln so jedes Jahr den Besitzer. Der Preis: Zerstörte Existenzen, entwurzelte Familien ... gerade die Ärmsten der Armen«, heißt es daher in dem gut gemachten Animationsfilm des Global Soil Forum »Let's talk about soil!«¹ Schon heute hungern eine Milliarde Menschen. Der Film warnt eindrücklich davor, dass es täglich mehr werden, wenn wir den Boden nicht gerecht verteilen.

Das Potsdamer Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS), bei dem das Global Soil Forum angesiedelt ist, hat 2015 gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung, dem BUND und Le Monde Diplomatie den ersten Bodenatlas mit Daten und Fakten zu Acker, Land und Boden veröffentlicht.² Darin sind auch Kapitel zum weltweiten Landgrabbing



Ausschnitt aus dem Film: »Wir sehen die prall gefüllten Regale im Supermarkt und glauben, das gehe immer so weiter. Dabei leben wir auf Pump, auf Kosten des Bodens.«

enthalten, durch das Finanz-Investoren die Rechte einheimischer Bevölkerungen bedrohen. Das ist nicht nur auf anderen Kontinenten so. Auch in Ostdeutschland und den vormaligen Ostblockländern, die jetzt zur EU gehören, sind Agrarbetriebe in feudalen Dimensionen entstanden.

Was ist zu tun?

Insbesondere zwei Punkte müssen laut Film beachtet werden: »Der Boden ist ein sensibles Wesen, das umsorgt werden will, keine Fabrik.« Und: »Jeder Mensch hat ein Recht auf Boden. Dieses Recht muss durch neue Gesetze gesichert werden.«

Rechtssicherheit heißt nicht Eigentum

Rechtssicherheit in Bezug auf die Bodennutzung ist enorm wichtig und wird daher zu Recht von vielen developmentspolitischen Organisationen gefordert. Rechtssicherheit ist aber nicht gleichzusetzen mit den Eigentumsrechten, wie sie sich bei uns durchgesetzt haben und nun von weltweit agierenden Großinvestoren auch in anderen Weltgegenden angeeignet werden.

Silvio Gesell setzte auf eine Bodenverstaatlichung und anschließende Verpachtung an die Nutzer. So kann die Allgemeinheit für eine ge-

rechte Verteilung des Bodens und gute Planung Sorge tragen – und gleichzeitig haben die Pächter Rechtssicherheit.

In Deutschland besteht nach § 24 Baugesetzbuch in vielen Fällen ein gesetzliches Vorkaufsrecht zum Kauf von Grundstücken durch die Gemeinde. Davon sollten die Kommunen viel stärker Gebrauch machen, anstatt ihr Tafelsilber zu verscherbeln. Neben dem nötigen Bewusstsein fehlt ihnen aber leider heute auch oft das Geld dazu.

Immerhin gibt es auch positive Beispiele: So vergibt die baden-württembergische Gemeinde Neuhausen auf den Fildern in diesem Jahr in einem Neubaugebiet Bauplätze für 30 Einfamilien- bzw. Reihenhäuser auf Erbpachtbasis.

Wenn eine Rückkehr des Bodens in öffentliche Hände auch noch in weiter Ferne steht, so kann alternativ auch durch einer Reform der Grundsteuer einiges bewegt werden. Das Bündnis »Grundsteuer: Zeitgemäß!«, dem die INWO angehört, will dazu in diesem Jahr seine Arbeit intensivieren.

Zur Grundsteuerreform siehe hier: <http://www.grundsteuerreform.net/>

Weitere interessante, zum größten Teil englischsprachige Informationen zum Thema Boden gibt es beim Global Soil Forum: <http://globalsoilweek.org/about/global-soil-forum>

1 Der Film des Global Soil Forum ist im Internet zu finden unter: www.youtube.com/watch?v=pSQxO43CRsk&feature=youtu.be

2 Die deutsche Version vom Bodenatlas gibt es hier: http://globalsoilweek.org/wp-content/uploads/2014/12/bodenatlas2015_web_141221.pdf

Flüchtlingskrise ist systemisch

Menschen verlassen ihre Heimat aufgrund von materieller Existenznot, Umweltzerstörung und Krieg. Das ist kein neues Phänomen, sondern »gehört zur ökonomischen und politischen Verfassung der herrschenden Weltordnung offenbar systematisch dazu, wie Arian Schiffer-Nasserie in dieser gekürzten Fassung seines Textes über »Flüchtlingskrise« und »Willkommenskultur« in Deutschland darlegt.*

Dass viele der Flüchtenden versuchen, Europa und besonders die erfolgreichen Staaten Deutschland, Frankreich, England und Schweden zu erreichen, ist ebenfalls seit Jahren so. Die Regierungen der Bundesrepublik begegneten der unerwünschten Zuwanderung seit den 1990er Jahren vor allem mit einem migrations- und asylpolitischen Maßnahmenbündel aus Abschreckung, Abwehr und Abschottung. Und sie setzten ihre flüchtlingspolitischen Ansprüche europaweit so kompromisslos durch, dass das Staatenbündnis seitdem auch den Beinamen »Festung« trägt.

Die alte europäische Flüchtlingspolitik

Insbesondere mit der so genannten Dublin-Verordnung verpflichtete die Bundesrepublik die Länder an der Süd- und Ostgrenze der EU auf die Registrierung, Internierung und Rücknahme jener Flüchtenden, die dort zuerst das Hoheitsgebiet des Bündnisses betreten. Die beabsichtigte Folge: Deutschland wälzt erstens die humanitären Kosten seiner weltweiten Erfolge auf die europäischen »Partner« ab, umgibt sich zweitens mit »sicheren Drittstaaten« innerhalb und außerhalb der EU und stiftet so drittens bei diesen »Transitländern« das ureigene Interesse an einer möglichst effektiven Grenzsicherung gegen Flüchtende, die ja ursprünglich nicht zu ihnen, sondern nach Nord- oder Westeuropa wollten.

Die unvermeidliche Konsequenz sind über 30.000 Tote und hoffnungslos überfüllte Aufnahmelager an den EU-Außengrenzen in den letzten 20 Jahren. Das alles war und ist nach Auffassung deutscher Führungskräfte in Politik und Presse keine Flüchtlingskrise. Vielmehr gilt bis zum Spätsommer 2015 in der Bundesregierung die Sprachregelung, dass die Situation der Flüchtenden zwar bedauerlich, die Ursachen aber entweder bei »kriminellen Schleuserbanden«, welche die Menschen »mit falschen Versprechen aufs Meer locken«, oder aber in »Misswirtschaft, Korruption, Terror und Despotie« der Herkunftsländer zu suchen seien – jedenfalls nichts mit der westlichen Weltordnung, dem Weltmarkt und der deutschen Rolle darin zu tun

haben. Außerdem gebe es »nun mal« europäische Regelungen beim Umgang mit den Flüchtenden (Stichwort Dublin-Verordnung) und daran habe sich jedes Land zu halten. Deutschland könne jedenfalls beim besten Willen nicht »für das Elend der gesamten Welt« die Verantwortung tragen.

Bisherige Flüchtlingspolitik »gescheitert«

Eine »Flüchtlingskrise«, die gibt es erst seit dem Spätsommer 2015. In diesem Jahr zeichnete sich nämlich immer stärker ab, dass die Flüchtenden es trotz aller Abwehrmaßnahmen in immer größerer Zahl schaffen, die EU lebend zu erreichen. Und nicht nur das: Sie kommen nach Zentraleuropa und wollen vor-

ordnung durch die EU-Außenstaaten und das Dublin-Verfahren bisher zuverlässig von der Mitte Europas ferngehalten wurden bzw. schnell zurückgeschickt werden konnten, funktioniert offenbar nicht mehr. In diesem Sinne ist die bisherige Flüchtlingspolitik aus Sicht der deutschen Regierung »gescheitert« (Angela Merkel). Aber warum?

Ruinierung weiter Weltgegenden

Zunächst einmal sind die vielen Flüchtenden weltweit Ausdruck der politischen und ökonomischen Weltlage. Immer neue Rekorde der Flüchtlingszahl (2014 waren es global 59,5 Millionen) zeugen von der zunehmenden Ruinierung weiter Weltgegenden.

In vielen Herkunftsstaaten Afrikas und Asiens



zugsweise nach Deutschland. Seitdem (!) spricht die Bundesregierung von einer Flüchtlingskrise und hat die Zahl von 1 Million zu erwartenden Flüchtlingen für dieses Jahr in die Welt gesetzt. Die aktuell ausgerufenen »Flüchtlingskrise« ist also nicht mit dem Leid der Flüchtenden zu verwechseln – in ihr geht es nicht um die Probleme der Flüchtenden, sondern um die Probleme der BRD mit den Flüchtenden.

Dass die Opfer der ökonomischen Weltmarktfolge Deutschlands und der westlichen Welt-

hat der Einbezug der ehemaligen Kolonien in den Weltmarkt die Lebensgrundlagen großer Bevölkerungsteile zerstört. Weder die kleinbäuerliche Landwirtschaft oder Fischerei noch die wenigen Industrie-Unternehmen sind der Konkurrenz auf dem Weltmarkt dauerhaft gewachsen; oft werden die bisherigen Bewohner und Nutzer des Landes auch schlicht vertrieben, weil Plantagenwirtschaft, Rohstoffgewinnung oder Tourismusindustrie für ihre Regierungen lohnender ist als nur ihr Überleben. Im Afrika südlich der Sahara zählt

die UNO gegenwärtig 206 Millionen Hungernde.

Zu den ökonomischen Gründen für Flucht treten politische: Die in den Drittweltstaaten auftretenden Verteilungskämpfe um die wenigen Reichtumsquellen, die es in den Ländern gibt, machen Korruption und politische Machtkämpfe zu einem Dauerzustand; oft entspringen daraus andauernde Bürgerkriege, in denen die Menschen auf Grundlage ethnischer oder religiöser Zugehörigkeiten um die verbleibenden Ressourcen kämpfen.

Korruption, Bürgerkriege und Vertreibungen in den ehemaligen Ländern der Dritten Welt sind also nicht Ursache, sondern Folge der alternativlosen Zurichtung der Dritten Welt für einen Weltmarkt, aus dem die westlichen Staaten ihren Nutzen ziehen. Ähnliches gilt für die meisten Länder des früheren Ostblocks.

Zusätzlich haben die Weltordnungskriege des Westens den Westbalkan, den Nahen und Mittleren Osten aufgemischt (Kosovo, Irak, Afghanistan). Die westlichen Interventionen während des »arabischen Frühlings« haben dazu geführt, dass in Staaten wie Libyen und Syrien das staatliche Gewaltmonopol zerfällt und die mit westlichen Waffen ausgerüsteten Islamisten die Lebensgrundlagen von Millionen zerstören.

weit Fabriken, um die Billiglöhne und Märkte anderer Länder für sich auszunutzen.

Mit seinen Exporten, die unter anderem deshalb so konkurrenzfähig sind, weil die deutschen Löhne massiv gesenkt wurden (Hartz IV und Niedriglohnsektor), schädigt Deutschland andere Staaten bis zum Ruin. Dafür braucht es die entsprechende Absicherung der nationalen Interessen – freie Handelswege, sichere Schiffsrouten, Bekämpfung widerspenstiger Staaten bzw. »Terroristen«. Ob Deutschland dabei direkt agiert, ob es von seinen westlichen NATO-Partnern und ihren Weltordnungsaktionen profitiert oder ob es als drittgrößter Waffenexporteur der Welt genehme Kräfte vor Ort beliefert, die globalen Kräfteverhältnisse dadurch in seinem Sinne verändert und für sich schießen lässt (Bsp. Jemen) – all das sind Mittel der deutschen Außenpolitik, die je nach Nutzenerwägung gewählt und dann politmoralisch begründet werden.

Hauptlast tragen andere

Anrainerstaaten dieser Kriege wie Iran, Jordanien und Libanon tragen bisher die Hauptlast der menschlichen Folgekosten. Zusammen mit der Türkei, Pakistan, Äthiopien, nehmen sie etwa 46% aller weltweit Flüchtenden

so zunächst einmal die Zahl jener, die über die Türkei in die EU wollen.

Die Bundesregierung ist nicht einfach »mit Flüchtenden konfrontiert«, mit deren Zustandekommen sie nichts zu tun hat. Die Flüchtenden sind vielmehr Produkt der ökonomischen und politischen Interessen der erfolgreichen Staaten, nicht zuletzt der Bundesrepublik. Und sie werden zum Mittel in den zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen.

Warum ändert Deutschland seine Flüchtlingspolitik?

Seit dem letzten Jahr ist Deutschland in bisher ungekannter Zahl mit Flüchtenden konfrontiert, die über Ungarn und Österreich seine Grenzen erreichen. Zum allgemeinen Erstaunen ihrer Bürger vollzieht die Bundeskanzlerin in der Folge eine beachtliche Kehrtwende in der Flüchtlingspolitik und nimmt seit Ende August 2015 die ungeliebten Elendsgestalten, die sie bisher an die EU-Außengrenzen verbannen wollte, auf.

Weder schließt sie ihre Grenzen zum Schengen-Raum, noch besteht sie kompromisslos auf Einhaltung der Dublin-Verordnung und schon gleich setzt sie ihre Macht nicht ein, um die Einwanderer gewaltsam wieder außer Landes zu schaffen. An die Stelle der Abschottungspolitik setzt sie nun eine humanitäre Aufnahmephase und ruft ihre Bürgerinnen gleichsam zu einer »Willkommenskultur« auf.

Ihren Ausgangspunkt nimmt die flüchtlingspolitische Wende in der staatlichen Feststellung, dass die Fortsetzung der bisherigen Verfahrensweise mit illegal Eingereisten immer weniger funktioniert. Die Alternative, die Schließung der deutschen Grenzen, kommt für die Regierenden auf keinen Fall in Frage. Weil die nationale Grenzschließung ein Ende des »Schengen-Abkommens« und der europäischen Freizügigkeit im Personen- und Warenverkehr bedeuten würde, ist man in Berlin besorgt, dass der Rückfall in die nationale Grenzsicherung eine der wichtigsten Bedingungen für den bisherigen und künftigen Aufstieg Deutschlands zur führenden (Welt) Wirtschaftsmacht in Europa gefährdet. In diesem Sinne ist die »Flüchtlingskrise« für Deutschland zugleich eine EU-Krise, die vitale Interessen tangiert. Für Deutschland steht also viel mehr auf dem Spiel als das Überleben der Flüchtenden; nämlich die Bewahrung des schranken- und grenzenlosen EU-Binnenmarktes als Bedingung der weiteren Kapitalakkumulation deutscher Unternehmen und der Vormachtstellung der Bundesrepublik in Europa.

Neue deutsche Willkommenskultur

Deutschland will, dass die Flüchtlinge, die wegen des dargelegten Zustands der Weltordnung und Deutschlands Rolle darin in immer größerer Zahl anfallen, sozusagen »geord-



Rolle Deutschlands

Bei all dem war und ist Deutschland dabei. Und das nicht unter »ferner liefen«, sondern als prominenter Nutznießer einer Weltordnung, welche die Freiheit des Geschäfts zum globalen Prinzip gemacht hat: Deutsche Unternehmen verkaufen ihre Waren in den EU-Staaten und in die ganze Welt, verschaffen sich die interessanten Rohstoffe (was viele Menschen von ihren Äckern verdrängt) und Arbeitskräfte für ihr Geschäft und bauen welt-

den auf. Insgesamt finden 86% aller Menschen auf der Flucht Aufnahme in anderen so genannten Entwicklungsländern. Libanon und Jordanien sind angesichts ihrer eigenen ökonomischen Ruinierung und aufgrund mangelnder finanzieller Unterstützung aus anderen Staaten immer weniger dazu in der Lage, die Flüchtlinge auch nur zu ernähren, geschweige denn, bessere Unterbringung zu organisieren, den Kindern Schulunterricht zu gewährleisten. Deshalb versuchen viele nach Europa weiter zu fliehen und vergrößern

net« verwaltet werden und fordert deshalb eine modernisierte Weltelendsverwaltung. Dazu geht die Bundesregierung mit gutem Beispiel voran, d.h. sie entschließt sich zu einer humanitären Aufnahme der Flüchtlinge unter Inkaufnahme der Kosten hierfür und sie präsentiert ihre neue deutsche »Willkommenskultur« als alternativlos. Auf dieser Basis will sie die aus ihrer Sicht in Unordnung geratene und damit für sie (!) schädliche Praxis der Flüchtlingsfrage und des EU-Bündnisses neu angehen – in Deutschland, inner-

litik, Presse und Arbeitgeberverbände »ihre« Flüchtlinge bereits als künftigen Zugewinn fürs nationale Wachstum und Chance zur weiteren Unterschichtung des deutschen Arbeitsmarktes.

Verschärfung der bisherigen Gesetze

Ergänzend dazu verschärft die Bundesregierung ihr gesetzliches Instrumentarium zur Abwehr und Abschreckung unerwünschter Zuwanderung. Mit einem Paket parlamentarisch

zeitige Verschärfung der Asylverfahren, des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Bemühungen, die Außengrenzen wieder effektiv dicht zu machen, sind also kein Widerspruch, sondern gehören zusammen.

»Willkommenskultur« als ideologische Großoffensive

Dieses Volk ist unerschütterlich von dem Dogma überzeugt, dass die Vermehrung von Geld durch die Ausbeutung von Lohnarbeit nicht der endgültige Zweck der kapitalistischen Konkurrenz, sondern diese ein zumindest »eigentlich« sinnreicher Mechanismus zur bestmöglichen wirtschaftlichen Versorgung letztlich aller Mitglieder der Volks-Wirtschaft, also auch ihrer persönlichen Interessen, ist. Die gegenteilige Erfahrung in der Wirklichkeit, d.h. die unbefriedigenden Resultate für die Mehrheit (Zeitnot, Überbeanspruchung, gesundheitsbelastende Produkte, Niedriglöhne, steigende Mieten, Firmenpleiten, Arbeitslosigkeit, Armut, Krisen usw.) werden gerade nicht als unvermeidliche Konsequenzen des Kapitalismus begriffen, sondern als vermeidbare Fehlleistungen der Akteure gedeutet, die auf gemeinwohl-schädliches Verhalten zurückzuführen sind. Statt einer ökonomischen Ursachenanalyse geht es also permanent um die Suche nach Schuldigen. Und wer sucht, der findet: Man identifiziert Bankster, Pleite-Manager, Betrüger und arbeitsscheue Hartz-IV-Empfänger, die die ehrlichen Volksgenossen um ihren wohlverdienten Lohn bringen.

Hinzu kommt das nicht weniger feste Dogma, dass dieses Volk aller Unterschiede und Gegensätze zum Trotz seine tiefere nationale Einheit in einer gemeinsamen Kultur, in geteilten Werten, Sitten etc. hat, welche die Zugehörigkeit zum geeinten Nationalstaat begründen. Letzterem wird die Aufgabe zugeschrieben, die im Prinzip harmonische Volksgemeinschaft zu beschützen und ihr Wohl zu mehren. Die gegenteilige Erfahrung in der Wirklichkeit, d.h. die Ungleichung von staatlich definiertem Allgemeinwohl einerseits und dem Wohl der Lohnabhängigen Mehrheit andererseits führt zur permanenten Verurteilung der Volksvertreter als Volksverräter. Und sie führt andererseits zum Generalverdacht gegenüber allen, die nicht zum Volk gehören – dem Ausland und den Ausländern. ■

Arian Schiffer-Nasserie ist Professor für Sozial- und Migrationspolitik sowie Rassismusforschung an der Evangelischen Fachhochschule in Bochum.
Kontakt: schiffer-nasserie@efh-bochum.de

* Wir danken Prof. Schiffer-Nasserie für sein Einverständnis zur Kürzung und Bearbeitung des Beitrags. Der längere Originaltext ist auf den Internetseiten von »Streifzüge« erschienen: www.streifzuege.org/2016/fluechtlingskrise-und-willkommenskultur-in-deutschland



halb Europas und mit Blick auf die beteiligten Staaten weltweit. »Hilfe für Flüchtlinge« ist für Deutschland also ein Auftrag zu mehr deutscher Einflussnahme in der EU wie in der ganzen Welt.

Im Innern mobilisiert die Bundesregierung beträchtliche Mittel zur Registrierung, Verteilung und Unterbringung der Flüchtenden. Mit der Reform des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge soll die Integration der Aufgenommenen produktiv bewältigt werden, was als nationaler Kraftakt besonderer Art – vergleichbar der Wiedervereinigung – vorgestellt wird. Merkels »Wir schaffen das« nimmt die ganze Nation, vom kleinen Bürgermeister, der Polizei bis hin zu den vielen ehrenamtlichen Helfern, dafür in Haftung und betont, dass Deutschland so reich und so gut organisiert ist, dass es diesen Kraftakt mit Bravour meistern wird.

Dabei werden die Neuankömmlinge nicht nur als die finanzpolitische Belastung in den Blick genommen, die sie zunächst einmal sind. Vielmehr betrachtet man die Zuwanderer als Potential für die Volkswirtschaft und ihre globalen Ambitionen. Angesichts des unternehmerischen Bedarfs an motivierten und anspruchswachen Facharbeitern, Pflegekräften oder gar Hochqualifizierten präsentieren Po-

durchgepeitschter Neuregelung werden die Asylverfahren künftig beschleunigt, Widerspruchsmöglichkeiten gegen Abschiebungen etc. stark eingeschränkt. Im gleichen Zuge werden Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Nach Afghanistan soll künftig vermehrt abgeschoben werden. Asylbewerber mit »geringer Bleibeperspektive« können bis zu sechs Monate in Erstaufnahmeeinrichtungen festgehalten werden, erhalten ausschließlich Sachleistungen, unterliegen dort einem Arbeitsverbot und strenger Residenzpflicht, d.h. dürfen sich nur in einem bestimmten Landkreis oder Regierungsbezirk bewegen. Verstöße werden mit drastischen Leistungskürzungen und bei Wiederholung mit sofortiger Ausweisung geahndet. Der Familiennachzug wird stark eingeschränkt. »Geduldete« müssen mit Leistungskürzungen um 40 % unter das bisherige Existenzminimum rechnen. So geht die gewünschte Sortierung von Asylberechtigten und unerwünschten »Armutsfüchtlings« zukünftig schneller, ohne letzteren durch »Fehlansätze« Hoffnungen auf ein (Über)Leben in Deutschland zu machen.

Die zeitweise Aufnahme der Flüchtlinge, Versuche, einen Teil von ihnen in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren und die gleich-

Freizügigkeit durch Freiland

Art. 13 der UN-Menschenrechtskonvention gibt jedem Menschen das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen. Doch dieses Recht macht an den Grenzen halt. Silvio Gesell dagegen entwarf schon vor über hundert Jahren die Vision einer weltweiten Freizügigkeit, gewährleistet durch eine gerechte Bodenordnung. Hier ein Auszug aus seinem 1916 erschienenen Hauptwerk »Die natürliche Wirtschaftsordnung«.

Bodenrente nicht in private Taschen!

Die Grundrente (auch Bodenrente oder Differentialrente) ist eine Einkommensform in der Grundrententheorie. Sie bezeichnet die Ertragsdifferenz zwischen zwei Böden von gleicher Größe bei gleichem Einsatz an Arbeit und Kapital.

Diese Differenz beruht auf Faktoren wie höherer Fruchtbarkeit, günstigeren klimatischen Faktoren, besserer Verkehrslage oder der Art der Nutzung. Der Ertrag variiert ja, je nachdem ob der Boden land- oder forstwirtschaftlich genutzt wird, ob er sich zum Wohnen oder Arbeiten eignet und insbesondere, ob er Bodenschätze wie Kohle, Öl, Erdgas oder andere birgt. Auch die Rechtsordnung, der der Boden unterliegt, spielt eine große Rolle.

Die Bodenrente als der Teil des Ertrags, der unabhängig von den Leistungen des jeweiligen Bodenbesitzers entsteht, soll nicht in seine bzw. die des Eigentümers private Taschen fließen dürfen. Eine solche Privatisierung der Bodenrente wird zudem immer problematischer, je ungleicher das Bodeneigentum verteilt ist.



de, am Meer, für Viehzüchter oder Zuckerrübenbauer, im Walde, im Nebel, an frischen Bächen, in verräucherten Industriegegenden, in der Nähe der Stadt, der Brauerei, der Garnison, des Bischofs, der Schule, im französischen und polnischen Sprachgebiet, für Lungenkranke, für Herzleidende, für Starke und Schwache, Alte und Junge – kurz gesagt, eine Auswahl von jährlich 150 000 Höfen, die zu seiner Verfügung stehen, die sein Eigentum darstellen, die er nur zu bearbeiten braucht.

Wird da nicht jeder sagen können, daß er das ganze Reich besitzt? Was fehlt ihm denn noch zum Besitze des Reiches? Mehr als einen Hof kann er doch nicht gleichzeitig bewohnen und besitzen. Denn besitzen heißt darauf sitzen. Auch wenn er ganz allein auf der Erde wäre, müßte er sich doch für einen Platz entschließen.

Pacht statt Eigentum

Gewiß, man wird ihm eine Pacht abfordern, aber diese Pacht ist die Gegenleistung für die Grundrente, die kein Erzeugnis des Bodens, sondern ein solches der Gesellschaft bildet. Und der Mensch hat ein Recht auf die *Erde, nicht auf die Menschen*. Wenn also der Bauer die Rente, die er in den Preisen seiner Feldfrüchte von der Gesellschaft erhebt, wieder als Pacht an die gleiche Gesellschaft abträgt, so wirkt er einfach als Rechnungsführer, als Steuerempfänger; sein Recht auf den Boden wird dadurch nicht verkümmert. Er gibt der Gesellschaft zurück, was ihm diese im Preise der Bodenfrüchte über seine Arbeit hinaus bezahlt hatte.

Da nun aber der Pächter auch wieder Mitglied der Gesellschaft ist, so kommt auf ihn auch wieder sein Anteil an den Pachtsummen. Er zahlt also tatsächlich auch nicht einmal Pacht; er liefert nur die von ihm eingezogenen Grundrenten zur genauen Verrechnung an die Gesellschaft ab.

Wir müssen also zugeben, daß mit Freiland das Recht jedes Einzelnen auf das ganze deutsche Gebiet in unbeschränkter Form geschützt und verwirklicht wird. Aber mit der deutschen Scherbe ist dem seiner Würde bewußten Menschen nicht genügt. Er fordert das Ganze,

Ein Bauer bewirtschaftet in der norddeutschen Tiefebene einen großen Hof mit seinen Buben. Da jedoch die Söhne nichts von der Landwirtschaft wissen wollen und in die Stadt ziehen, um ein Gewerbe zu betreiben, so wird der Hof zu groß für den Bauer, dessen Leistungsfähigkeit überdies durch Alter und Gebrechlichkeit abgenommen hat. Er möchte also einen kleineren Hof bewirtschaften und dies mit der Erfüllung eines Jugendtraumes verbinden, nämlich auf Bergen zu wohnen. Auch möchte er nicht weit von Frankfurt wohnen, weil sich seine Söhne dort niederließen. Das wäre nun heute eine ziemlich schwierige, für einen Bauer fast un- ausführbare Sache. Mit Freiland ist die Sache anders. Grundeigentum hat der Mann nicht, er ist also frei,

freizügig, wie ein Zugvogel. Selbst den Ablauf seines Pachtvertrages braucht er nicht abzuwarten, da er ihn gegen Zahlung einer Buße alle Tage lösen kann. Er bestellt sich also das bebilderte Verzeichnis, das die einzelnen Bezirke regelmäßig über die zur Pacht stehenden Höfe ausgeben, und merkt sich diejenigen Höfe, die seinen Verhältnissen am besten entsprechen. An Auswahl wird es nicht fehlen, denn rechnen wir mit einer durchschnittlichen Pachtdauer von 20 Jahren, so würde von je 20 Höfen jährlich einer frei, oder jährlich etwa 150 000 Höfe, in Durchschnittsgröße von 10 ha – und zwar große und kleine, für alle Verhältnisse, im Gebirge, in der Ebene, am Rhein, an der Elbe, an der Weichsel, in katholischen und protestantischen Gegenden, in konservativen, liberalen, sozialistischen Kreisen, im Morast, im San-

die Erdkugel, als sein Eigentum, als ein untrennbares Glied seiner selbst.

Freiland international einführen

Auch diese Schwierigkeit löst Freiland. Denken wir uns Freiland auf alle Länder ausgedehnt; ein Gedanke, der alles Absonderliche verliert, wenn wir überlegen, daß so manche eigenvölkische Einrichtung die Grenzen des Landes überschreitet und sich die ganze Welt erobert. Also angenommen, Freiland sei international eingeführt und durch Verträge dahin ergänzt worden, daß einwandernde Bürger anderer Staaten als gleichberechtigt angesehen werden, was ja schon heute in bezug auf die Gesetze so ziemlich allgemein der Fall ist. Was fehlt dann noch an der Verwirklichung des Rechtes jedes einzelnen Menschen auf den Besitz der ganzen Erdkugel? Die ganze Welt bildet von nun an sein uningeschränktes Eigentum: er kann überall,

wo es ihm gefällt, sich ansiedeln (heute zwar auch schon, aber nur, wenn er Geld hat), und zwar völlig umsonst, denn die Pacht, die er bezahlt, wird, wie gesagt, nicht eigentlich vom Boden erhoben, sondern als Gegenleistung der Grundrente, die er in den Preisen seiner Erzeugnisse von der Gesellschaft erhebt und die ihm in den Staatsleistungen zurückgegeben wird.

Also durch Freiland kommt jeder einzelne Mensch in den Besitz der ganzen Erdkugel. (...) Ob er das Erbe seiner Väter mit 12 Geschwistern teilen muß, oder ob er einziges Kind ist – für das Grundeigentum ist das gleichgültig geworden. Ganz unabhängig von seinem Tun und Lassen bleibt die Erde sein Eigentum. (...)

Durch die Bodenverstaatlichung kommt jedes Kind als Grundeigentümer zur Welt, und zwar hält jedes Kind, ob ehelich oder unehelich geboren, wie das Christuskind zu Prag

die Erdkugel in der Hand. Den Schwarzen, den Roten, den Gelben, den Weißen, allen ohne Ausnahme gehört die Erde ungeteilt.

Von der Wiege bis zur Bahre auf Erde angewiesen

Um zu werden und zu wachsen, brauchst du Bestandteile der Erde; schon ein geringer Fehlbetrag an Eisen in deinem Blut bringt dich um deine Gesundheit. Ohne die Erde und (falls diese den Grundbesitzern gehört) ohne Erlaubnis der Grundbesitzer darf niemand geboren werden. (...) Ohne Erlaubnis der Grundbesitzer darf aber auch niemand sterben, denn in Staub wirst du zerfallen, und dieser Staub beansprucht Platz auf der Erde; und was nun, wenn der Grundbesitzer dir diesen Platz versagt? (...)

Aber zwischen Wiege und Sarg liegt das ganze lange Leben, und das Leben ist ja bekanntlich ein Verbrennungsvorgang. Der Körper ist ein Ofen, worin eine beständige Hitze erhalten werden muß, wenn der Lebensfunke nicht erlöschen soll. Diese Wärme sucht man innerlich durch Nahrungszufuhr, äußerlich durch Kleidung und Wohnung als Schutz gegen Wärmeausstrahlung zu erhalten.

Nun gehören aber wieder die Nahrungsmittel, wie auch die Kleiderstoffe und die Baustoffe der Wohnungen zu den Erzeugnissen der Erde, und was nun, wenn die Eigentümer dieser Erde dir diese Stoffe verweigern? Ohne die Erlaubnis der Erdbesitzer wird also niemand essen, sich kleiden, überhaupt leben dürfen.

Grenzprobleme, damals wie heute

Auch das ist durchaus keine Übertreibung. Die Amerikaner versagen den Chinesen die Einwanderung, die Australier weisen von ihren Küsten alle ab, deren Haut nicht hellweiß ist; selbst schiffbrüchige Malaien, die an der australischen Küste Schutz suchten, wurden mit Leidslos wieder ausgewiesen.

Und wie verfährt bei uns die Polizei mit allen, die nicht über die Mittel verfügen, sich die Güter der Erde zu kaufen? »Du hast nichts, du lebst aber, folglich stiehlest du. Deine Körperwärme, die nur die Frucht eines mit Bodenerzeugnissen unterhaltenen Feuers sein kann, verrät deine Missetat, verrät, daß du stiehlest! Marsch ins Gefängnis!« (...)

Geschichte der Landaneignung

»Die Besiedelung der meisten Länder hat ursprünglich auf dem Wege der Okkupation, der Eroberung, stattgefunden, und auch später hat oft genug das Schwert die bestehende Teilung wieder verändert.«¹

Und wie wird heute unter unseren Augen die Besetzung eines Landes betrieben? Für eine Flasche Schnaps für sich und ein buntes Kleid für seine Gemahlin veräußerte der schwarze Hererokönig das von ihm den Hottentotten entrissene Land. Millionen von Hektar, die



Durch Bodenverstaatlichung und anschließende Verpachtung wird gewährleistet, dass jeder Mensch gleichen Zugang zu unserer Lebensgrundlage erhält. Gesell hat es so ausgedrückt: Jedes Kind hält wie das Prager Jesulein die ganze Erdkugel in der Hand.

ganze Weide ihrer Herden. Wußte er, was er tat, als er mit dem Schnaps im Kopfe das verräterische + unter das Schriftstück setzte? Wußte er, daß dieses Schriftstück nunmehr als wertvolle Urkunde wie ein Heiligtum in eisernem Schranke aufbewahrt, von einer Schildwache Tag und Nacht behütet würde? Wußte er, daß nunmehr er und sein ganzes Volk auf jenes unbeholfene Kreuz genagelt würden, daß er von da ab für jede seiner Kühe eine Rente würde zahlen müssen – er, seine Kinder, seine Enkel, heute, morgen, ewig? Das wußte er nicht, als er das von den Missionaren erlernte Zeichen des Kreuzes auf das Schriftstück malte. Wie kann man auch mit dem Christuszeichen betrogen und bestohlen werden? Und wenn er die Bedeutung des Schriftstückes kannte, warum hat man den Lumpen als Volksverräter nicht an den ersten besten Baum geknüpft? Aber er wußte es nicht, das geht ganz klar daraus hervor, daß, als der Inhalt der Urkunde in die Tat umgesetzt wurde, er sich erhob, um das »betrügerische Gesindel« (in den deutschen Zeitungen nannte man die unglücklichen Eingeborenen, die ihren »Freiheitskrieg« mit den ihnen zur Verfügung stehenden Waffen führen, in der Regel – Mordbrenner, Diebe, Gesindel usw.) zu vertreiben. Freilich nutzlos, denn nun wurde eine Hetz- und Treibjagd veranstaltet, und die wenigen, die nicht zur Strecke gebracht wurden, hat man in die Wüste gedrängt, wo sie verhungern werden (s. die öffentliche Bekanntmachung des Generals Trotha). Das auf diese Weise besetzte Land hat man dann, laut amtlicher Auskunft, wie folgt, verteilt: ²

1. Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika	135 000 qkm
2. Siedlungsgesellschaft	20 000 qkm
3. Hanseatische Land-, Minen- und Handelsgesellschaft	10 000 qkm
4. Kaoko Land- und Minengesellschaft	105 000 qkm
5. Southwestafrika Co. Ltd	13 000 qkm
6. South Afrika Territories Ltd.	12 000 qkm

Was haben diese 6 Erwerber wohl für diese 295 000 qkm Land gegeben? Einen Schnaps (...)
So ging es und geht es in Afrika, in Asien, in Australien. In Südamerika hat man es noch bedeutend einfacher gemacht, da hat man sich das Schriftstück mit dem + als Unterschrift gespart: Man schickte den General Roca, den nachherigen Präsidenten, mit einer Bande Soldaten gegen die Indianer aus, um

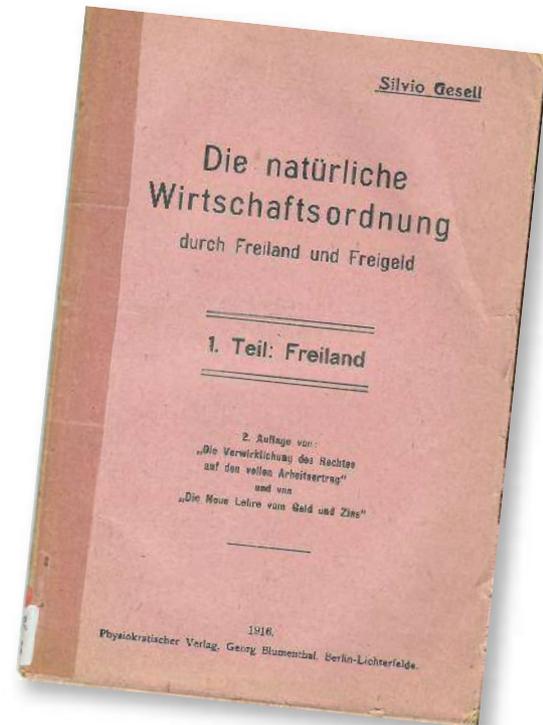
diese von den fruchtbaren Weideplätzen der Pampa zu vertreiben. Man knallte die Mehrzahl nieder, schleppte die Weiber und Kinder nach der Hauptstadt als billige Arbeitskräfte, und trieb den Rest über den Rio Negro. Das Land wurde dann unter die Soldaten verteilt und verschrieben, die in der Regel nichts Eiligeres zu tun hatten, als ihre Rechte zu verkaufen – für Schnaps und bunte Tücher.

Eigentumsrechte fraglich

So, nicht anders, entstanden »die heiligen, unantastbaren Rechte« der heutigen Besitzer des besten, fruchtbarsten Bodens, den es vielleicht in der Welt gibt. Der Tummelplatz von Millionen von Schafen, Pferden und Kühen, der Boden für ein schon im Entstehen begriffenes neues großes Volk befindet sich heute im Besitz einer Handvoll Leute, die nichts weiter dafür gegeben haben als – eine Flasche Schnaps.

In Nord-Amerika waren die in jüngster Zeit besiedelten Ländereien meistens unbewohnt. Da konnte sich jeder einfach nehmen, soviel er brauchte. Jeder Erwachsene, Mann oder Frau, hatte da das Recht auf 160 Acker Land, so daß Familien mit 6 erwachsenen Kindern 1000 Acker gleich 400 ha beanspruchen konnten. Gegen die kleine Verpflichtung, einige Bäume zu pflanzen und zu pflegen, durfte jeder die doppelte Anzahl Acker (also 320) in Besitz nehmen. Nach einer Reihe von Jahren (6) wurden Besitztitel ausgeschrieben, und das Land war dann verkäuflich. Durch Ankauf solcher »Heimstätten« für billiges Geld (denn für eine Sache, die man so ohne weiteres überall in Besitz nehmen kann, konnte nicht viel gefordert werden) sind dann die

Riesenfarmen von Tausenden von Hektar entstanden. Preis: eine Flasche Schnaps (...)
Die Northern-Pacific-Eisenbahn erhielt von der Regierung die Genehmigung zum Bau der Eisenbahn umsonst, dazu noch die Hälfte des Landes, das sich rechts und links der Bahn hinzieht, und zwar 40 Meilen landeinwärts. Man denke: 40 Meilen rechts und links der ganzen, 2000 Meilen langen Bahn! Preis?



1916, vor einem Jahrhundert, erschien erstmals »Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld« (NWO) von Silvio Gesell

Ein Schnaps? Nein, weniger als ein Schnaps – umsonst! (...)

Die Aufgaben unserer Zeit...

Sollen wir nun, nachdem wir wissen, wie der Privatgrundbesitz heute entsteht, noch weiter danach forschen, wie er gestern entstand? »Peor es menearlo«, sagt der Spanier: schlimmer wird es, je mehr man darin herumrührt. (...)

Die Werke der Toten sind für uns nicht maßgebend; jedes Zeitalter hat seine eigenen Aufgaben zu erfüllen, übrigens auch gerade genug damit zu tun. (...) So laßt uns also mit dem Toten auch seine Werke und Gesetze begraben. Errichtet aus den alten Urkunden und Grundbüchern einen Scheiterhaufen und legt den Toten darauf. Der Sarg ist ein schlechtes, allzuenges Bett, und was sind die Gesetze und Grundbücher für uns anderes als Särge, worin die geistige Hülle unserer Vorfahren gebettet liegt?

Fort also ins Feuer mit dem vermoderten Plunder! Der Asche, nicht der Leiche, entsteigt der Phönix!«

Quelle: Silvio Gesell: Die Natürliche Wirtschaftsordnung, herausg. von Karl Walker, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg, 9. Auflage August 1949.

Im Internet unter: <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/gesell/nwo/nwo.pdf>, S. 79ff

1 Anton Menger: Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag. 4. Aufl. S. 2
2 Deutsche Volksstimme, 20. Dezember 1904.

Welt aus den Fugen?

In letzter Zeit hat es die Menschheit in steigendem Maße mit Problemen zu tun, die den Rahmen einzelstaatlicher Lösungsmöglichkeiten weit übersteigen, darunter das Klimaproblem, die Situation der vielen Flüchtlinge und die Kriege. Das Seminar für freiheitliche Ordnung will in einer Tagungsreihe grundlegende Lösungswege für diese drei Themen erarbeiten.

Zu den Problemen, die Lösungsmöglichkeiten über Ländergrenzen hinweg erfordern, gehören insbesondere

- das immer drängender werdende Klimaproblem, das die Erde als ganze und die ganze Menschheit betrifft,
- die Kriege, die große Teile der Erde dauerhaft mit Gewalt überziehen und zwangsläufig und nicht erst als Stellvertreterkriege den Rahmen einzelstaatlicher Lösungen sprengen, und
- die von Umweltproblemen und Kriegen hervorgerufenen Flüchtlingsströme, die sowohl im Verhältnis der aufnehmenden Staaten zu einander als auch im Verhältnis der Flüchtlinge zu den Ansässigen Probleme aufwerfen, die aus einzelstaatlicher Perspektive neu sind und neue Lösungen erfordern.

Darf Gleichheit an den Grenzen Halt machen?

Die oben genannten Problemfelder werfen jetzt mit großer Dringlichkeit die Frage auf, ob der demokratische Rechtsstaat, der nach innen seine Bürger als Gleiche betrachtet, sich nach außen weiterhin zu anderen Staaten und zu den Menschen, die nicht seine Staatsangehörigkeit besitzen, ganz anders verhalten darf.

Auf diese Fragen werden von den Staaten jetzt neue Antworten erwartet. Dabei wird die Globalisierung der wirtschaftlichen und kulturellen Prozesse zu bedenken sein, die an alten Staatsgrenzen schon lange nicht mehr Halt machen und immer mehr Menschen auch schicksalsmäßig miteinander verbinden.

Nicht nur die internationale Rechtsordnung bedarf dazu der Weiterentwicklung, auch die internationale Ordnung von Wirtschaft und Kultur muss durchlässiger werden, damit die verbleibenden Interessenkonflikte in zivilisierteren Formen bewältigt werden können als bisher. Könnte z. B. nicht einer der ersten Schritte darin bestehen, das Stimmengewicht der Staaten im internationalen Zusammenhang nach der Anzahl ihrer Staatsangehörigen zu bemessen?

Der Gleichheit der Bürger im Inneren, die für den demokratischen Rechtsstaat fundamen-



Die Probleme machen nicht an den Grenzen Halt, also müssen auch die Lösungen Grenzen überwinden.

tal ist (nicht nur als demokratische Gleichheit bei der Mitwirkung im Staat, sondern auch als rechtsstaatliche Gleichheit vor dem Gesetz), muss auch international zum Durchbruch verholfen werden, wenn der Gleichheit aller Menschen weltweit der Weg geebnet werden soll. Das Prinzip: »Ein Staat – eine Stimme« muss abgelöst werden durch eine Ordnung, die der demokratischen und rechtsstaatlichen Gleichheit aller Menschen weltweit besser entspricht.

Recht geht vor Machtinteressen

Aus den Überlegungen zu den drei Krisen folgt, dass wir die Herabstimmung des Staates vom Macht- und Interessenstaat zum reinen Rechtsstaat nicht nur aus innenpolitischen, sondern auch aus weltpolitischen Gründen brauchen. Sie bedeutet im Grunde keine Änderung, wohl aber eine Erweiterung und Ergänzung und gewissermaßen eine Vollendung unserer Vorstellungen vom demokratischen Rechtsstaat. Wir sollten diese Anforderung, vor die uns die Krisen stellen, im Interesse unserer eigenen Weiterentwicklung annehmen: Das ist es, was wir uns und der Welt schulden!

Es wird noch ein langer Weg zur außenpolitischen Herabstimmung der Staaten und ihrer angemessenen Souveränität zu Trägern einer weltweiten Rechtsordnung sein und dieser Weg wird kaum leichter sein, als der Übergang vom Absolutismus zum Rechtsstaat. Aber die drei Krisen und das bisherige Scheitern nationaler und zwischenstaatlicher Lösungsversuche zeigen mit allem Nachdruck, dass die Zeit nationalstaatlicher Souveränität auch nach außen zu Ende gehen muss. Erst dann wird es uns auch gelingen, die innerstaatliche Rechtsstaatlichkeit in der Ergänzung durch eine entsprechende Außenpolitik zur Vollendung zu bringen (Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik).

Drei Tagungen

Das Seminar für freiheitliche Ordnung wird zu den drei Problemkomplexen je eine Tagung veranstalten und dabei gemeinsame Aspekte herausarbeiten, die den Zusammenhang der Probleme sichtbar machen. Die Tagungen können einzeln besucht werden, der Zusammenhang mit den anderen Tagungen wird in jeder verdeutlicht; aber am meisten wird von den Tagungen profitieren und zu ihnen

beitragen können, wer sie alle besucht. Die Tagungen:

- 1. Klimapolitik und internationale Gerechtigkeit:**
9. - 10. April 2016
- 2. Flüchtlingskrise:**
30. April - 1. Mai 2016
- 3. Krieg und Frieden:**
28. - 29. Mai 2016

Tagung 1: Klimapolitik und internationale Gerechtigkeit

Die Klimakonferenz von Paris hat in den Augen der meisten Teilnehmer und Beobachter die kaum noch erhoffte Wende zur Rettung des Weltklimas gebracht: Das globale Reduktionsziel für CO₂-Emissionen wurde von allen Staaten akzeptiert und alle Staaten haben sich auch zur Aufstellung von nationalen Reduktionsplänen verpflichtet, durch deren Umsetzung das globale Ziel erreicht werden soll. Allerdings beruhen die nationalen Zielsetzungen auf Freiwilligkeit und ihre Umsetzung kann nicht mit Sanktionen erzwungen werden.

Wie kann das CO₂-Reduktionsziel erreicht werden?

Anders als mit den Zielen sieht es mit den Wegen zu deren Erreichung aus, die den einzelnen Staaten weitgehend überlassen werden. So kann jeder Staat für sich entscheiden,

- ob er seinen Bürgern und Unternehmen vorschreiben will, wo, wie und in welchem Umfang sie die Treibhausgasemissionen reduzieren sollen, oder
- ob er die Nutzung des atmosphärischen Aufnahmespeichers selbst beschränkt, indem er sie abgaben- oder erlaubnispflichtig macht,



das Wo und Wie der Einsparung aber den Bürgern überlässt. Bei den Wegen steht damit nicht nur die Effizienz der Klimapolitik infrage, sondern auch unser Staatsverständnis!

Verteilungsfrage stellt sich

Nicht nur das Verhältnis zur Marktwirtschaft und zum Rechtsstaat wird von der Klimapolitik berührt. Übersehen wird meist auch, dass die ökologisch notwendige Verknappung des Ressourcenzugangs zwangsläufig ein Verteilungsproblem schafft oder verschärft. Wenn ein Umweltgut in Zukunft weniger als bisher genutzt werden darf, stellt sich die Frage, wer dieses Umweltgut dann noch nutzen kann und unter welchen Bedingungen.

Ökologische Politik kann sich um diese Verteilungsfrage nicht drücken, sondern muss sie offen und für alle nachvollziehbar gerecht lösen, wenn ihr die demokratische Akzeptanz nicht verloren gehen soll.

Gerade in der Klimapolitik zeigt sich die Unfähigkeit grundsatzloser Praktiker, wirklich nachhaltige Lösungen für die Probleme zu finden und zu realisieren. Resignation droht sich auszubreiten, die noch verstärkt wird durch die Flüchtlingskrise und die Sorgen um Krieg und Frieden. Die Tagung soll die Einsicht vermitteln, dass sich bei gesellschaftlichen Problemen grundsätzliches Denken und wirklich praktikable Lösungen nicht aus schließen, sondern einander bedingen. ■

Tagung

»Klimapolitik & internationale Gerechtigkeit«



SEMINAR FÜR FREIHEITLICHE ORDNUNG e.V.

D-73087 Bad Boll - Badstraße 35 - Telefon (0 71 64) 35 73

Samstag, 9. April 2016

- 9:30 Öffnung des Tagungsbüros
- 10.00 Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema
- 10.15 Das Klimaproblem als Menschheitsproblem – Fritz Andres, Kirn
- 10.45 Kaffeepause
- 11.00 Grundsatzprobleme internationaler Klimaverhandlungen – Prof. Dr. Joachim Weimann, Universität Magdeburg
- 12.00 Mittagessen in benachbarten Gasthäusern
- 14.00 Kaffee im Tagungsraum
- 14.30 Europäischer Emissionshandel und nationale Klimapolitiken – Prof. Dr. Joachim Weimann, Universität Magdeburg
- 15.45 Kaffeepause

- 16.15 Die Nutzung der Atmosphäre als begrenzter Aufnahmespeicher für CO₂-Emissionen – Wege zur Lösung eines Verteilungskonflikts – Eckhard Behrens, Heidelberg
- 18.00 Abendessen in benachbarten Gasthäusern
- 20.00 Zur Rolle der Einzelstaaten in einer zukünftigen Welt-Klimaordnung – Fritz Andres, Kirn

Sonntag, 10. April 2016

- 9.00 Klimapolitik als Lernfeld für den Umgang mit anderen globalen Ressourcen – Eckhard Behrens, Heidelberg
- 10.00 Kaffeepause
- 10.30 Was ist kurz-, was mittel- und was langfristig zu tun? – Diskussion zwischen Referenten und Teilnehmern
- 12.00 Ende der Tagung

Näheres unter: www.sffo.de, E-Mail: info@sffo.de

Neue Schuldenkrisen drohen

Die Wahrscheinlichkeit neuer Schuldenkrisen stand im Mittelpunkt der 10. Schuldenmanagement-Konferenz der Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD), die vom 23.-25. November 2015 in Genf stattfand. Ein Bericht von Kristina Rehbein.

In seiner Eröffnungsrede benannte UNCTAD-Generalsekretär Mukhisa Kituyi die Faktoren, die neue Schuldenkrisen aus heutiger Sicht wahrscheinlich machen: fallende Rohstoffpreise und gleichzeitig steigende Zinssätze, Währungsabwertungen und eine Verlangsamung des globalen Wachstums.

Inzwischen liegt der globale Schuldenberg bei 199 Billionen US-Dollar – für den UNCTAD-Generalsekretär eine Bedrohung der weltwirtschaftlichen Stabilität.

Neues fragiles Umfeld

Die neue Fragilität folgt auf eine Phase niedriger Zinsraten und hoher Liquidität auf den internationalen Kapitalmärkten, verbunden mit einem hohen Finanzierungsbedarf in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die daraus resultierende starke Neukreditvergabe an eben diese Länder wurde auch durch den Rohstoffboom und das hohe Wachstumspotential begünstigt, das für Anleger und Investoren besonders attraktiv war, während Wachstums- und Gewinnaussichten in den reichen Ländern eher bescheiden waren. Doch dieses Umfeld gehört inzwischen der Vergangenheit an, und »untragbare Schulden werden abermals eine Bedrohung für erreichte Entwicklungserfolge«, so Kituyi.

Mehr als 350 Expertinnen und Experten aus Finanzministerien, Zentralbanken, der Zivilgesellschaft, dem akademischen Bereich und von internationalen Organisationen waren in Genf zusammengekommen, um über die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen, die sich durch die kommende Krise für die Finanzierung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) ergeben, zu diskutieren.

Dass die nächste Krise sicher kommt, stand nicht in Frage. Daher wurden unterschiedliche Aspekte der kommenden Schuldenkrisen diskutiert – so etwa die versteckten Risiken, die beispielsweise in öffentlich-privaten Partnerschaften (PPPs) stecken, ein Instrument, das vom internationalen Mainstream als zentrales Instrument zur Finanzierung der neuen Entwicklungsagenda empfohlen wird.

Auch die zunehmende Verschuldung des Privatsektors wurde als ein großes Problem identifiziert, vor allem in Schwellenländern, aber



Schuldenerlasse kamen in der Vergangenheit zu spät und fielen oft zu gering aus, um die Schuldenkrisen nachhaltig zu lösen. Schuldner und Gläubiger bleiben meist in einem Teufelskreis von Umschuldungen und Teilerlassen gefangen.

zunehmend auch in ärmeren Entwicklungsländern. Wie u.a. Gary Dymki von der Universität in Leeds darlegte, mündet die Verschuldung von Unternehmen und Banken in Krisenzeiten oft in öffentliche Schuldenkrisen – und in eine Verringerung des Hand-

lungsspielraums von Regierungen, um auf Krisen zu reagieren.

Öffentliche vs. private Finanzierungsoptionen

Zur Debatte standen in Genf auch die teilweise einander entgegenlaufenden Trends

in der Entwicklungsfinanzierung, wie die abnehmende Verfügbarkeit von öffentlichen Mitteln zur Finanzierung der SDG-Agenda einerseits und die zunehmende Süd-Süd-Kooperation andererseits. Heftig kritisiert wurde die übertriebene Fokussierung auf Privatinvestitionen im Rahmen der Agenda 2030. Wie Yuefen Li, Beraterin am Genfer South Centre, forderte, müsse die öffentliche Entwicklungshilfe ein wesentlicher Bestandteil der SDG-Finanzierung bleiben, wobei die reichen Länder einen angemessenen Anteil zu tragen hätten. Auch andere Referentinnen und Referenten kritisierten, dass der Mangel an günstigen Finanzmitteln für ärmere Länder das Risiko neuer Schuldenkrisen erhöhe, da diese dann zu teureren Finanzierungsoptionen gedrängt werden.

Die anwesenden Expertinnen und Experten diskutierten auch über Wege, wie Krisen zu-

denn auch wesentlich den Konferenzverlauf – denn die Redner waren sich einig, dass Staatsschuldenkrisen nicht nur für die einzelnen Schuldnerländer, sondern für die gesamte Weltwirtschaft hohe Kosten verursachen. Hauptredner Michael Higgins, Präsident von Irland, sagte zu Beginn der Konferenz: »Es

tet. Aufgrund des Boykotts der Industrieländer führte dieser Prozess allerdings nur zu allgemeinen Prinzipien, jedoch zu keinem rechtlichen Rahmenwerk.

Auch wenn die Prinzipien nützlich sind, sieht der Direktor der UNCTAD-Abteilung für Globalisierung und Entwicklung, Richard Kozul-



»Es ist nicht möglich, irgendeines unserer globalen Ziele zu erreichen ohne einen fundamentalen, systemischen Wandel in unserer globalen institutionellen Architektur.«

**Michael D. Higgins,
Präsident von Irland**

künftig verhindert oder ihre Folgen für eine Volkswirtschaft abgeschwächt werden können. So stellte Stephanie Blankenburg, Leiterin der Abteilung Schulden und Entwicklungsfinanzierung bei UNCTAD, BIP-indizierte Staatsanleihen (GIBs) als Mittel zur Verhinderung von Schuldenkrisen vor. GIBs sehen vor, dass ein Staat automatisch weniger Zinsen an die Anlegerinnen und Anleger zahlen muss, wenn das Wirtschaftswachstum sinkt. Auch wenn innovative Ideen dazu, wie Schuldentragfähigkeit und Entwicklungsfinanzierung in Einklang gebracht werden können, wünschenswert sind, so machte Blankenburg auch deutlich, dass einzelne Maßnahmen wie GIBs keine Alternative zu der Diskussion um einen umfassenden Mechanismus zur Lösung von Staatsschuldenkrisen sind.

Systemische Lösung unumgänglich ...

Die Frage nach einem solchen Mechanismus bzw. nach einem systemischen Neuansatz zur Lösung künftiger Schuldenkrisen bestimmte

ist nicht möglich, irgendeines unserer globalen Ziele zu erreichen ohne einen fundamentalen, systemischen Wandel in unserer globalen institutionellen Architektur.«

Andere Redner, etwa Alfredo Calcagno, Leiter der Abteilung Makroökonomie und Entwicklungspolitik bei UNCTAD, machten deutlich, dass angemessene Verfahren zur nachhaltigen Lösung von Schuldenkrisen fehlen und die Schaffung eines umfassenden Verfahrens für Staateninsolvenzen dringend notwendig ist. Das vorhandene Regime zur Lösung von Schuldenkrisen sei ineffizient und unfair und führe dazu, dass Schuldenkrisen am Ende teurer werden.

Auch Thordur Jonasson von der Abteilung Geld- und Kapitalmarkt beim Internationalen Währungsfonds (IWF) gab zu, dass das aktuelle Schuldenmanagement ineffizient ist: Die Erfahrung zeige, dass Schuldenerlasse oft zu gering ausfallen, um eine Schuldenkrise nachhaltig zu lösen und überdies zu spät kommen, so dass Schuldner und Gläubiger in einem Teufelskreis von Umschuldungen und Teilerlassen gefangen bleiben.

Insgesamt ist aber die Schuldenfrage, wie Higgins in seiner Eröffnungsrede betonte, »viel zu wichtig, als dass man sie der Weltbank oder dem IWF überlassen könnte«, denn die Schuldenfrage geht uns alle an. Damit sind die Vereinten Nationen der rechtmäßige Ort für die Diskussion um die Schaffung fairer Entschuldungsverfahren.

... aber in der Schwebe

Im letzten Jahr haben die Entwicklungs- und Schwellenländer in den Vereinten Nationen mit der Verabschiedung einer Resolution zur Erarbeitung eines umfassenden rechtlichen Rahmenwerks in der 69. Generalversammlung einen konkreten Vorstoß dazu gemacht. UNCTAD hat hierzu wichtige Zuarbeit geleis-

Wright, die Gefahr, dass sie wirkungslos bleiben könnten. Dass auch bei anderen Gelegenheiten, etwa auf der 3. UN-Konferenz für Entwicklungsfinanzierung im Sommer 2015 in Addis Abeba, keine angemessenen Vereinbarungen hierzu getroffen werden konnten, macht die Sache nicht besser.

Übrigens hatte die deutsche Erlassjahr-Kampagne schon anlässlich des G7-Finanzministertreffens im Mai in Dresden auf die heraufziehende neue Schuldenkrise im Süden aufmerksam gemacht und die Finanzminister aufgefordert, nicht wieder die Augen vor der Realität zu verschließen. Eine Teilnahme in Genf hätte ihnen dafür sehr genutzt. ■

Kristina Rehbein ist Politische Referentin bei erlassjahr.de, einem Bündnis von etwa 650 Organisationen, das sich für gerechte Finanzbeziehungen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern einsetzt.

Mehr Informationen zu diesem Thema im Internet unter: www.erlassjahr.de

Der Text erschien erstmals im Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung 11-12/2015 (www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org). Wir danken für die freundliche Abdruckerlaubnis.

Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung



**Kurz, kompetent, kompakt:
Der Fachinformationsdienst
für Globalisierung,
Nord-Süd-Politik und
internationale Ökologie**

www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org

Deutschland verdient Geld mit Bundesanleihen

Dank der Negativzinsen können manche Staaten nun so günstig neue Schulden aufnehmen, dass sie mit neuen Anleihen nicht nur Zinsen sparen, sondern de facto Geld verdienen.

Insbesondere Deutschland profitiert von den sinkenden Zinsen und hat so 2014 und 2015 erstmals seit 1969 im Bundeshaushalt eine »schwarze Null« geschafft.

Anfang Februar hat der Bundesfinanzminister mit der Auflage einer neuen fünfjährigen Anleihe im Volumen von knapp 4 Milliarden Euro Geld verdient. Die Bundesrepublik wird für diese Anleihe keine Zinsen zahlen und ist nur verpflichtet, sie nach 5 Jahren zu 100% zurückzuzahlen. Aber Schäuble bekommt jetzt bei der Ausgabe der Anleihe von den Ersterwerbern 101,24%, also 47,7 Millionen Euro mehr, als er später zurückzahlen muss. Daraus errechnet sich eine (negative) Jahresrendite von minus 0,24% für die Anleger.¹

Erfahrungsgemäß wird die Rendite auch dieser Anleihe im Laufe der kommenden Jahre schwanken, das heißt sie wird an der Börse zu höheren oder niedrigeren Kursen gehandelt werden als dem Ausgabekurs von 101,24%. Die dadurch bedingten Kursgewinne oder Kursverluste berühren jedoch nicht den Bundeshaushalt, sondern nur das Vermögen der Anleger, die die Anleihe in Zukunft kaufen oder verkaufen. Wer die Anleihe am Ausgabetag kaufte und bis zur Tilgung behält, wird von Schwankungen der Börsenkurse und Renditen ebenfalls nicht berührt; für ihn bleibt es bei der Jahresrendite dieser Anleihe von minus 0,24%.

Umschuldung spart Zinsen

Über die letzten Jahre hinweg ist der Bundeshaushalt um insgesamt über 100 Milliarden Euro entlastet worden, weil die Bundesrepublik für neue Anleihen immer niedrigere Zinsen versprechen musste. Denn sie nahm die meisten dieser Anleihen nur auf, um alte Anleihen, die fällig wurden, zurückzahlen zu können. Für die alten Anleihen hatte die Bundesrepublik noch jährlich »normale« Zinsen von zum Beispiel 4 oder 5% zahlen müssen

– je nachdem wie hoch das Zinsniveau zum Zeitpunkt der Ausgabe dieser Anleihen gewesen war. Obwohl sich das Gesamtvolumen der Schulden kaum verändert hat, sanken so die Zinszahlungen aus dem Bundeshaushalt Jahr für Jahr.

Vom Sinken der Zinsen hat der Staat erst nach und nach profitiert, nämlich immer erst dann und immer nur in dem Maße, in dem alte hochverzinsliche Schulden fällig wurden und dann durch die Aufnahme niedriger zu verzinsender neuer Anleihen ersetzt werden konnten. Eine vorzeitige Tilgung alter Schulden ist in den Anleihebedingungen ausgeschlossen. Die typischen Laufzeiten der Anleihen des Bundes betragen 1 oder 2 Jahre bei »Schatzanleihen«, 5 Jahre bei »Bundesobligationen« und 10 oder 30 Jahre bei »Bundesanleihen«.

Die durchschnittliche Restlaufzeit aller Bundesschulden beträgt etwa 5 Jahre. Jahr für Jahr wälzt die Bundesrepublik also etwa ein Fünftel ihrer Gesamtschuldenlast um. Das heißt aber leider nicht, dass die Zinslast in fünf Jahren verschwunden ist; denn ein Teil der Altschulden läuft noch jahrzehntelang. Da ein immer höherer Anteil der fällig werdenden Schulden schon in der Niedrigzinsphase aufgenommen wurde, werden die Zinsersparnisse von Jahr zu Jahr geringer werden – auch wenn das Zinsniveau so niedrig bleibt, wie es zurzeit ist. Wird es allerdings noch niedriger, fallen auch die Einsparungen wieder höher aus.

Doch bislang keine Tilgung

Leider wurden die Zinsersparnisse nicht zur Schuldentilgung eingesetzt, sondern im Bundeshaushalt für andere Ausgabenposten verwendet. Deren Erhöhung hätte bei vorsichtiger Finanzpolitik durch nachhaltig höhere Steuereinnahmen oder Einsparungen an anderer Stelle finanziert werden müssen. Denn



Inzwischen rentieren in der Euro-Zone Staatsanleihen und Geldmarktpapiere im Volumen von 3,3 Billionen Euro mit einer negativen Rendite – fast fünfzig Prozent aller ausstehenden Wertpapiere der Euro-Staaten.

sollte das Niveau der Zinsen wieder steigen, wird der Haushaltstitel für Zinszahlungen allein wegen des Ersatzes von niedrig verzinslichen durch dann höherverzinsliche Anleihen rasant stärker belastet werden. Der Bundeshaushalt wird dann nicht mehr ohne die Aufnahme zusätzlicher Schulden ausgeglichen werden können, es sei denn, die Steuereinnahmen steigen dann noch kräftiger als sie es in den letzten Jahren taten.

Sowohl die künftigen Steuereinnahmen als auch das künftige Zinsniveau hängen stark von den konjunkturpolitischen Wirkungen der künftigen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ab. Der Bundesfinanzminister hat auf die Konjunktur und das künftige Zinsniveau so wenig Einfluss wie auf das Wetter. Um Vorsorge für Verschlechterungen zu treffen, sollte er eigentlich die Zinsersparnisse konsequent zur Schuldentilgung einsetzen.

Ein Hinweis zum Schluss: In diesem Aufsatz wurden nur die Nominalzinsen betrachtet. Sie sind auch (nicht nur) deshalb gesunken, weil die Inflationserwartungen, die vor Jahren noch bei 2% gut verankert waren, bedenklich gesunken sind. Wenn die Inflationsraten wieder auf das von der EZB angestrebte Niveau von knapp 2% steigen, werden die Anleihen der letzten Jahre deutlich negative Renditen haben. Der Bundesfinanzminister wird wegen höherer Inflation höhere Steuereinnahmen haben und er wird die Anleihen aus der Niedrigzinsphase mit entwertetem Geld tilgen können. Davon werden nur seine wenigen inflationsindexierten Anleihen ausgenommen sein. ■

Eckhard Behrens ist Jurist mit umfassendem Studium der Volkswirtschaftslehre, insbesondere bei Prof. Dr. iur. Franz Böhm, einem der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft. Behrens ist seit 1987 Vorstandsmitglied des Seminars für freiheitliche Ordnung (SffO) in Bad Boll: www.sffo.de

1) Nachzulesen u.a. bei Handelsblatt Online vom 03.02.2016 > Anleihemarkt.

Negativzinsen richtig verstehen

Negativzinsen werden noch nicht richtig verstanden. Die Pressereaktionen auf die Einführung von Negativzinsen in Japan belegen, dass immer noch viele Missverständnisse bestehen. Anmerkungen hierzu von Miles Kimball.

Die Presse tut sich schwer mit dem Thema negative Zinsen. Ein jüngst im Wall Street Journal erscheinender Artikel über die Einführung von Negativzinsen in Japan¹ ist ein gutes Beispiel für das immer noch mangelhafte Verständnis bei Wirtschaftsjournalisten.

Reine Berichterstattung o.k. ...

Die reine Berichterstattung ist dabei in der Regel in Ordnung. So wird auch im WSJ zunächst korrekt berichtet. Insbesondere ist die Erwähnung der internationalen Zusammenhänge lobenswert: »Japans Schritt spülte die Geldmärkte durch und drückte den Yen gegenüber dem Dollar um ganze 2,2% nach unten, und er zeigte, wie die geldpolitische Lockerung der einen Zentralbank Druck auf die anderen ausübt, es ihr nachzutun. Indem sie den Dollar stärkt, könnte die fortgesetzte Lockerung der Geldpolitik in Japan und Europa das Ziel der Fed, in diesem Jahr die Zinsen schrittweise anzuheben, verkomplizieren. Im Vergleich zu einem Korb aus 16 Währungen, erreichte der Dollar diese Woche seinen Höchststand seit über 13 Jahren.« Außerdem ist der Hinweis gut, dass es bisher in Europa nicht zu massiver Bargeldhortung gekommen ist: »der Schritt hin zu negativen Zinsen hat in Europa bislang zu keinen auffälligen Störungen bei den Geldmarktfonds oder zu einer Flucht der Einleger ins Bargeld geführt, so dass die Banken grünes Licht haben, über eine Fortsetzung nachzudenken.«

Es ist schon überraschend, wie tief Schweden die Zinsen gesenkt hat: »Niemand weiß, wie tief die Negativzinsen gehen können, bevor diese Kosten den Anstoß geben, lieber Bargeld zu halten, aber wahrscheinlich tiefer als die minus 0,75%, die aktuell in Dänemark, und die minus 1,1%, die in Schweden verlangt werden.« Mittlerweile hat die Sveriges Riksbank ihren Einlagenzins sogar auf -1,25% gesenkt.

Das WSJ erwähnt auch einen anderen wichtigen Fakt: »Bislang haben nur wenige Banken diese Negativzinsen an ihre Kleinkunden weitergegeben.«

... aber Analyse schwach

Wo die reine Berichterstattung in die Analyse übergeht, nimmt die Qualität allerdings ab. So hätten die WSJ-Autoren der Erklärung



Negativzinsen erfordern das Durchbrechen alter Denkgewohnheiten.

von Raghuram Rajan etwas entgegengesetzten müssen: »Stimulieren bringt nichts mehr und gewiss ist die Geldpolitik so ziemlich am Ende angelangt.«

Was?! Die Geldpolitik ist ganz und gar nicht am Ende angelangt. Bei meinen letzten Besuchen in Zentralbanken war mein Ratschlag, den Leitzins so zu wählen, als gäbe es keine Zinsuntergrenze – weil es keine Zinsuntergrenze gibt für eine Zentralbank, die weiß, was sie tut! Mein bibliographischer Blogbeitrag »Wie und warum die Nullzinsgrenze durchbrochen werden sollte«² wird regelmäßig gelesen, und ich bin mir gewiss, dass unter den Lesern viele Zentralbank-Mitarbeiter rund um die Welt sind. Ich war auch persönlich bei einer ganzen Reihe von Zentralbanken. Wenn Journalisten alles verstehen wollen, was Zentralbanker denken, sollten sie einiges von dem, was ich geschrieben habe, lesen. Sonst werden sie es falsch verstehen.

So ist auch dieses Zitat ohne eine Gegenstimme irreführend: »Zentralbanker ›wissen nicht mehr, was sie noch tun sollen‹, sagte Sean Yokota, Chef der strategischen Asien-Abteilung der nordischen Bank SEB.« Das ist erstens falsch, weil noch eine Menge zu tun bleibt in Richtung negativer Zinsen. Und zweitens scheint es zu suggerieren, dass Negativzinsen die letzte Notlösung sind. Eben nicht! Die Effektivität von negativen Zinsen war von Anfang an viel wahrscheinlicher als die des Quantitative Easing. Quantitative Easing wurde nur deshalb zuerst ausprobiert, weil die in-

tellektuelle Vorbereitung für QE zu dem Zeitpunkt, als Zentralbanken neuartige Instrumente benötigten, weiter gediehen war als die intellektuelle Vorbereitung für Negativzinsen.

Die Wirksamkeit der Negativzinsen

Ich möchte darauf bestehen, dass die Wirksamkeit der Negativzinsen *pro Basispunkt* beurteilt wird. Angesichts der bisher nur geringen negativen Zinsen, sind die Effekte *pro Basispunkt*, den man runtergegangen ist, erheblich. Die erreichte Wirkung ist umso beeindruckender, wenn man sich realisiert, dass bisher nur die *softe* Version der Negativzinsen angewendet wurde.

Es liegt aber ein himmelweiter Unterschied zwischen einer Zentralbank, die ihre Zinsen senkt, aber den Bargeldzins bei null belässt, und einer Zentralbank, die all ihre Zinsen senkt, inklusive des Bargeldzinses. Wenn eine Zentralbank *alle* ihre Zinssätze herabsetzt, auch den Bargeldzins, *dann erst* entfalten Negativzinsen ihre volle Wirkung.

Die Fähigkeit, den Bargeldzins mithilfe von Maßnahmen zu senken, die ich an anderer Stelle darlege³, führt dazu, dass die Zinsen um so viele Basispunkte wie nötig reduziert werden können. Japan kann seine Wirtschaft so viel stimulieren wie es möchte, ohne zusätzliche Inflation. Natürlich sollte Japan ruhig mehr Inflation als derzeit riskieren, um herauszubekommen, wo sein natürliches Produktionsniveau liegt. Wenn jedoch die Negativzinspolitik voll akzeptiert wird, in der Weise wie ich sie empfehle, dann gibt es gar keinen triftigen Grund mehr, die Inflation erhöhen zu wollen. ■

Miles S. Kimball ist Ökonomie-Professor an der University of Michigan und wissenschaftlicher Mitarbeiter des National Bureau of Economics Research. In seinem Blog tritt er seit langem engagiert für die Abschaffung der Zinsuntergrenze ein. Die vollständige Originalversion des Texts findet sich dort: blog.supplysideliberal.com/post/138461444940/reporting-on-japans-move-to-negative-interest, © 1.2.2016: Miles Kimball. Used by permission acc. to a temporary nonexclusive license exp. June 30, 2020. All rights reserved.

1 Anjani Trivedi, Eleanor Warnock und Greg Ip: »Central Banks Go to New Lengths to Boost Economies: Bank of Japan's move to negative rates is the latest attempt to spur growth«, Wall Street Journal online 29.01.2016. Im Internet unter: www.wsj.com/articles/central-banks-go-to-new-lengths-to-boost-economies-1454098658

2 blog.supplysideliberal.com/post/62693219358/how-and-why-to-eliminate-the-zero-lower-bound-a

3 Siehe dazu u.a. Miles Kimball: »Negativzinspolitik als konventionelle Geldpolitik« in: Zeitschrift für Sozialökonomie 188./189. Folge, April 2016

WEF – **Weltverbesserer** in Davos?

Zum 46. Mal hat im Januar das World Economic Forum (Weltwirtschaftsforum, WEF) im schweizerischen Davos getagt. Hauptthemen waren nicht etwa die 60 Millionen Menschen auf der Flucht und die Ursachen dafür, oder die 150 Tier- und Pflanzenarten, die wir jeden Tag ausrotten – nein, man wollte sich vor allem mit der »vierten industriellen Revolution« befassen. Das WEF schreibt sich selbst »committed to improving the state of the world« (Weltverbesserung) auf die Fahne und lädt dazu die Chefs der 1.000 grössten Multis, Berühmtheiten aus Kulturbusiness und Sport, aber auch Regierungsvertreter ein. Dieses Jahr kamen 40 Regierungschefs. Unser Bundesrat war mit 6/7 vertreten. Seit 2002 bin ich immer wieder während des WEF in Davos, verteile wachstumskritische Flyer an die Teil-

**»Wenn Unrecht zu Recht wird,
wird Widerstand zur Pflicht.«**

Bertolt Brecht

Frieden in Palästina macht. Die Zivilbevölkerung klatschte ... Stéphane Hessel würde sagen: »Empört euch!« Ich habe noch nie einen Vertreter des WEF getroffen, der Wachstum in Frage gestellt hätte – ganz im Gegenteil: »Nachhaltiges Wachstum«, wie es bei den neuen »nachhaltigen Entwicklungszielen« (Agenda 2030/ SDGs) unter Punkt 8 gefordert wird, ist in Davos

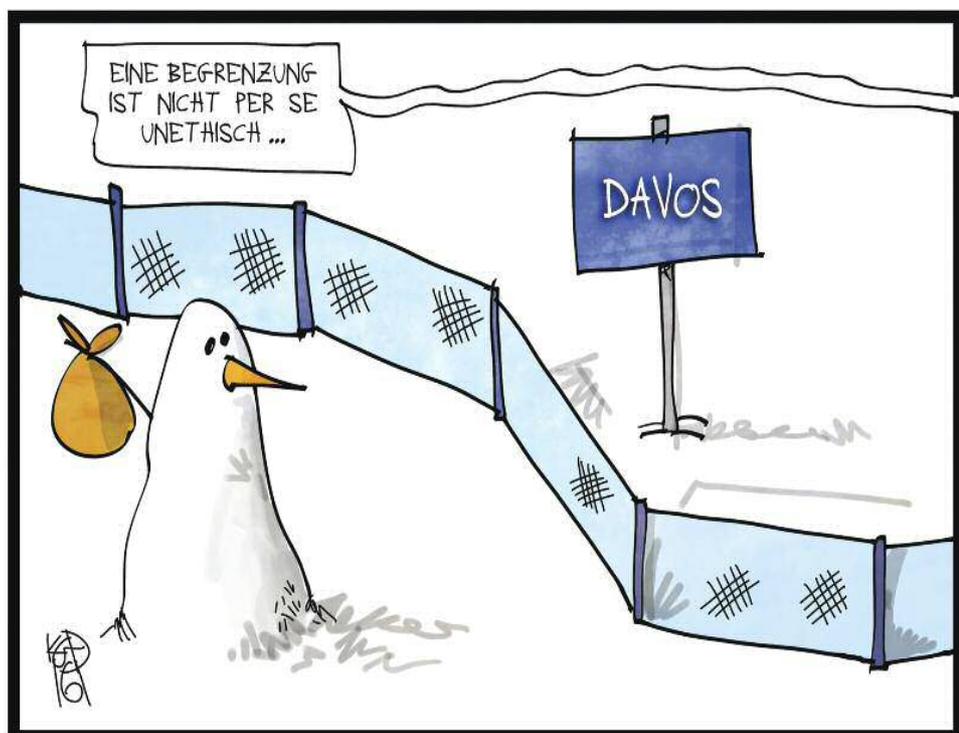
eiskalter Kaffee. Dieses Jahr gab es ein Podium mit dem Titel »Wie können wir die globale Wirtschaft ankurbeln?« Einer aus dem Publikum fragte Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz, ob die Kenngrösse Bruttoinlandprodukt (BIP) nicht total gewalttätig (mehr Kriege oder Autounfälle steigern das BIP) und von daher falsch sei, und ob nicht das Modell Bhutan mit seinem Bruttonationalglück (BNG) eine förderlichere Kenngrösse sei. Immerhin: Stiglitz hat die gewaltigen Nachteile des BIP klar gemacht und auch das BNG-Konzept von Bhutan sehr begrüsst. Dass nun aber beim nächsten WEF das Bruttonationalglück zum Kernthema wird, ist sehr, sehr unwahrscheinlich. 2011 hat Tomas Sedláček den Zinseszins verurteilt (im Internet zu finden unter »Sedlacek remodelling«): Er meinte, »Interest is spooky« (Zinsen sind gespenstisch) und »Zinsen versklaven uns«. Nun, Tomas Sedláček wurde seither nie wieder ans WEF eingeladen.

Der Gründer des WEF, Klaus Schwab, kritisiert immer wieder die Davoser Bevölkerung. Sie soll dem WEF gegenüber gastfreundlicher sein! Dass der WEF-Gründer sich einmal kritisch zu Waffenexporten oder Angriffskriegen äußert, passt dagegen nicht zu seiner Weltverbesserungsstrategie. Die Formel von Bertolt Brecht ist überfällig: »Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.« Das passt wieder zum »Engagiert euch!« von Stéphane Hessel. Wer also gewaltlose, intelligente Ideen fürs nächste WEF hat, kann sich gern bei mir melden. Ich freue mich auf Vorschläge.

Alec Gagneux, Vorstand INWO Schweiz und Friedensaktivist
www.fairCH.com

Bitte vormerken:

**26. GV der INWO Schweiz
am 9.4.2016 in Basel**



nehmerinnen und Teilnehmer und organisiere zusammen mit Ähnlichgesinnten Veranstaltungen für mehr Gerechtigkeit, Frieden und Naturschutz. Kurze Dialoge waren immer wieder möglich – z.B. mit Menschen wie Christine Lagarde, Peter Brabeck, Joe Ackermann oder John Kerry. Seit 2003 gibt es ein sogenanntes Open Forum. Da sitzen berühmte Leute auf einer Bühne und erklären den Zuhörern die Welt. Die meisten Leute sind begeistert. Am Schluss dürfen die unten Sitzenden vielleicht noch eine Frage stellen. Ex-Bundesrat Adolf Ogi hat 2013 das Open Forum als Ablenkungsveranstaltung bezeichnet. Beim Open Forum gab es schon unglaubliche Statements: Der Novartis Chef Vasella lobte 2005 das Friedensengagement der US-Armee in Afghanistan. Ex-Bundesrat Pascal Couchepin meinte 2008, dass wir reicher werden müssten, damit wir den Armen besser helfen könnten. 2015 sass Tony Blair – einer, der für eine Million ermordeter Iraker (2003) Mitverantwortung trägt – auf der Bühne und erklärte uns, wie man

Rückblick **Vernetzungswanderung 2015**



SCHWEIZ



Seitdem die INWO im Jahr 2006 zum ersten Begegnungstreffen einlud, fand jährlich eine Vernetzungswanderung statt. Dabei wechselte jedes Jahr die Organisation. Der Wandertag soll Mitglieder verschiedener Organisationen mit sozialer, ökologischer oder spiritueller Ausrichtung zusammenbringen.

Ende Juni 2015 hat bei freundlichem Wetter und angenehmen Temperaturen eine weitere Vernetzungswanderung stattgefunden. Der Anlass wurde diesmal von Ernst Feuz vom Verein Gemeinwohl-Ökonomie Schweiz organisiert, wiederum in Zusammenarbeit mit Remy Holenstein vom Holon-Netzwerk. Vereine, welche diesen Anlass jeweils mittragen sind: Holon, Integrale Politik, Ecopop, Stimmvolk, die Geomantiegruppe Seeland, das Friedensprojekt Schweibenalp, Talent und INWO Schweiz.

Vernetzungswanderung 2016

Die Vernetzungswanderung 2016 ist für den 4. Juni 2016 (Verschiebedatum 11. Juni) geplant. Ausflugsziel ist der Botanische Hochschulgarten in Wädenswil. Anmeldungen bitte bis zum 22. Mai.

Weitere Informationen unter:
www.holon-net.net

Kurz vor zehn Uhr trafen rund 40 Personen am Bahnhof in Sait-Imier im Berner Jura ein und wurden von Ernst Feuz und Remy Holenstein empfangen. Nach einer Begrüssung führte ein kurzer Spaziergang zur Standseilbahn Mont-Soleil. Bereits die Bergfahrt mit der Standseilbahn war beeindruckend: Damit sich die Gruppe nicht aufteilen musste, war die Kabine bis zum letzten Stehplatz gefüllt.

An der Bergstation angekommen führte ein kurzer Fussweg zum Besucherzentrum des

Solkraftwerks. Dort wurde unsere Gruppe von zwei Mitarbeitern des Zentrums empfangen, welche uns durch die Solaranlagen führten. Wir konnten u.a. die verschiedenen Arten und Hersteller von Solarzellen ansehen. Interessant zu wissen ist, dass es sowohl günstige als auch teure Arten von Solarzellen gibt, welche jedoch auch ganz unterschiedliche Leistungen erbringen. Das Kraftwerk ist seit gut 25 Jahren ohne grössere Störungen in Betrieb, was eigentlich für den Bau von weiteren Sonnenenergie-Kraftwerken sprechen würde. Leider geriet die Schweiz nach einer Pionierzeit in den 1990er Jahren ins Hintertreffen. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern liegt die Schweiz heute gemessen nach der Leistung der gewonnenen Sonnenenergie auf den hintersten Rängen.

Nach der Führung wurde in unmittelbarer Nähe des Kraftwerks die Mittagsrast eingelegt, welche von allen Beteiligten für das gegenseitige Kennenlernen und vertiefte Gespräche genutzt wurde. Gleich anschliessend gab es für die Vorstandsvertreter der Vereine wiederum die Möglichkeit, ihren Verein respektive die Vereinstätigkeit genauer vorzustellen.

Erst am frühen Nachmittag ging es mit der Wanderung richtig los und die Teilnehmer verliessen den Mont-Soleil in Richtung Mont-Croisin. Unterwegs waren die Turbinen des Windkraftwerks zu sehen; das dazugehörige Museum war leider geschlossen. Nach gut einhalb Stunden erreichten wir die Bergwirtschaft des Mont-Croisin und die Teilnehmer gönnten sich eine Erfrischung. Hier trennte sich die Gruppe in zwei Hälften: die erste nahm den Fussweg nach Courtelary und von dort die Eisenbahn nach Biel und weiter nach Bern. Die zweite Gruppe konnte noch länger in der Bergwirtschaft verweilen und fuhr anschliessend mit dem Postauto-Bus zurück ins Tal.

Zusammenfassend war die Vernetzungswanderung auch dieses Jahr ein toller Anlass, um eine Menge altbekannte Personen zu treffen und neue Menschen kennen zu lernen, welche in einer ähnlichen Richtung in einem Verein aktiv sind. Das Wandern kam dieses Jahr etwas kurz, dafür stand der gesellige Teil im Mittelpunkt. An dieser Stelle möchte ich mich besonders bei den Organisatoren der Gemeinwohl-Ökonomie und beim Hauptorganisator Remy Holenstein für diesen interessanten und abwechslungsreichen Tag bedanken.

Roland Stebler, INWO-Vorstandsmitglied

Andenken

Im Jahr 2015 mussten wir uns wiederum von einigen Mitgliedern verabschieden. Im Frühjahr sind **Oskar Tobler** und **Pierre Wissler** in Bern verstorben. Oskar Tobler gehörte zu den ältesten INWO-Mitgliedern. Er engagierte sich in der ehemaligen Arbeitsgruppe der INWO Bern. Auch Pierre Wissler nahm regelmässig an den Veranstaltungen in Bern teil.

Carl Thöny-Meuli ist im Juli verstorben. Zu seiner aktiven Zeit als INWO-Mitglied war er von 1992 bis 1998 Präsident der INWO Zürich.

Die Drei haben sich immer wieder kritisch in den Gruppen eingebracht und die freiwirtschaftlichen Ideen waren ihnen immer ein grosses Anliegen.



Erfreuliche News aus der digitalen Welt

Unsere mittlerweile etwas in die Jahre gekommene Vereins-Website www.INWO.de bekommt ein neues Gesicht: Ein neues modernes Layout nimmt Gestalt an und soll in den nächsten Wochen online gehen. Diese neue Homepage wird dann auch für mobile Endgeräte optimiert sein, gleichzeitig aber alle bisherigen Features und Vereinstexte beinhalten. Weiterhin arbeiten wir kontinuierlich am Medienspiegel und führen hier die geldpolitischen Debatten weiter, die viele und immer mehr Leser bewegen: Sehr

erfolgreich war beispielsweise ein Artikel über TTIP, und auch die Debatte um die Abschaffung der 500-Euro-Scheine wird kontrovers geführt. Mehrmals wöchentlich stellen wir neue Texte zu aktuellen Berichten online: www.INWO.de/medienkommentare/.

Die Besucherzahlen unserer Website konnten wir nicht zuletzt durch eine sehr erfolgreiche Anzeigenkampagne auf Google steigern. So kommen jetzt im Schnitt rund 350 Besucher pro Tag auf unsere Homepage.

Wege aus der Wachstumsfalle

Für den 19. Februar wurde ich über die INWO zu den Vaihinger Gesprächen eingeladen. Diese Vaihinger Gespräche werden von der ehrenamtlichen Gruppe »Vaihingen Ökologisch Sozial« organisiert. Übergeordnetes Thema ist das Wachstumsproblem.

In dem wunderbaren Veranstaltungsraum der Alten Kelter bin ich mit Rudolf Mehl von den CGW (www.cgw.de) zu einem Podiumsgespräch angetreten. Zuerst durften wir jeweils ca. 20 Minuten unsere Themen vorbringen.



Helmut Rau präsentiert die Geldthematik anschaulich ... und zerreißt dabei auch schon mal Geldscheine.

Rudolf Mehl hatte sich dabei das Bodenproblem vorgenommen. Ich habe in dieser kurzen Zeit versucht, die Besucher in Bezug auf den im Geld begründeten Wachstumszwang neugierig zu machen. Hinterher gab es viele unbedarfte, aber auch kritische Fragen, die wir jeweils zur Gänze beantworten konnten. Viele Fragen zeigten, wie sehr die Menschen in unserem Wirtschaftssystem mit der Geld- und Bodenproblematik verwachsen

sind. So konnte sich jemand überhaupt nicht mehr vorstellen, dass es mal wieder Vollbeschäftigung geben könnte. Was aber wohl

vielen klar wurde, dass wenn ein Teil unseres Einkommens für Geld und nicht für Arbeitsleistung bezahlt wird, es zum Wachstumszwang kommt. Das habe ich dadurch verdeutlicht, dass ich einen Teil von einem Geldschein abgerissen habe, der direkt zu den Zins-/Renditeempfängern ging und somit den Wert des Scheines minderte. Dieser Teil muss dann durch Wachstum wieder aufgeholt werden (zumindest, wenn er nicht wieder bei mir ausgegeben wird).

Es war eine Veranstaltung in angenehmer Atmosphäre und mit sehr positiven Rückmeldungen. So habe ich im Anschluss eine sehr schöne Mail mit folgendem Wortlaut erhalten: »... ich möchte mich nochmal bei Ihnen melden und zum Ausdruck bringen, dass mir der Abend gut gefallen hat. Ich habe einiges verstanden und von dem Abend profitiert, was besonders Ihrem Einsatz zu verdanken ist.«

Helmut Rau



Werden Sie INWO-Mitglied!

Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf S. 22.

Abonnieren Sie unseren Newsletter mit einer Mail an: rundbrief@INWO.de

Möchten Sie für unsere Arbeit spenden? Unsere Kontoverbindung bei der GLS Gemeinschaftsbank eG lautet:

IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00, BIC: GENODEM1GLS

Nehmen Sie mit uns Kontakt auf!

Mitgliedsanträge:
INWO e.V.
Postfach 90 02 06, 60442 Frankfurt/Main

Oder per E-Mail an: mitglieder@INWO.de
Beitragsverwaltung: finanzen@INWO.de

Vorstand/Redaktion:

INWO e.V.
Redaktion FAIRCONOMY
Aldruper Brink 75, 48268 Greven
E-Mail: INWO@INWO.de
oder redaktion@INWO.de

MV-Termin – bitte vormerken!

Die diesjährige Mitgliederversammlung der INWO Deutschland ist am

Samstag, den 30. Juli

in der **Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal.**

Eingebettet in das Programm des 3. Sommercamps des »Lernort Wuppertal« werden wir vormittags und am frühen Nachmittag Vorträge mit Diskussion anbieten und danach die MV abhalten.

Das Sommercamp findet vom 25. Juli bis 7. August an der Freilichtbühne Wuppertal statt.

Adresse: Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal

Weitere Infos zum Camp in Kürze unter: www.lernort-wuppertal.de

10 gute Gründe INWO-Mitglied zu werden

5 inhaltliche Gründe

Eine nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft verlangt nach einer neuen Geld- und Bodenordnung, denn:

- Die Überwindung der exponentiellen Wachstumsdynamik im Geldwesen beruhigt und stützt die Wirtschaft: Geldvermögen und Schulden vermehren sich nicht mehr von selbst, das Geld wird gerechter verteilt; statt die Realwirtschaft auszutrocknen, wird der Finanzsektor auf Kosten der großen Kapitalbesitzer stabilisiert. Das schafft finanzielle und politische Sicherheit.
- Die gleichzeitige Überwindung von Inflation, Deflation und Geldhortung schafft die Grundlagen für eine dauerhaft stabile wirtschaftliche Entwicklung. Ein hinreichend differenziertes und niedriges Zinsniveau (z.B. negative Zinsen auf kurzfristig geparktes Geld, 0% Zinsen auf langfristige, sehr sichere Geldanlagen) ermöglicht eine stabile Konsumgüter-, Investitions- und Staatsnachfrage, die zur Vollbeschäftigung mit einem für alle Beschäftigten angemessenen Auskommen führt. Die Arbeitseinkommen und die umlagefinanzierten Altersrenten werden im Vergleich zu den Kapitaleinkommen deutlich steigen.
- Der Boden gehört allen. Mit dem Prinzip »nutzen statt besitzen« bekommen alle Menschen entsprechend ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten die Chance, den Boden zu nutzen. Die von den Nutzern gezahlte Pacht wird an alle Bürger verteilt. Der immer noch vorhandene feudale Charakter des heutigen Bodenwesens wird so überwunden.
- Zerstörerische Ressourcennutzung und Umweltzerstörung auf Kosten der kommenden Generationen kann politisch begrenzt oder sogar revidiert werden.
- Am Bedarf der Menschen und nicht länger am Bedarf des Kapitals orientiertes Wirtschaften ermöglicht ein friedliches Miteinander im Gemeinwesen, zwischen den Völkern und im Zusammenwirken von Mensch und Natur. Nur so lassen sich lang-

fristig auch die Ursachen von Flucht und Vertreibung überwinden.

5 politisch-organisatorische Gründe

Die aktuelle Geldmarktpolitik ist nicht weit entfernt von einer optimalen Lösung. Es fehlt jedoch noch am Mut, die Notwendigkeit einer Geldgebühr und Konsequenzen aus der massiven Wertsteigerung des Bodens politisch zu diskutieren. Dafür braucht es starke Organisationen, die die ökonomischen Einsichten in die politischen Diskussionen einbringen:

- Eine große Mitgliederbasis dokumentiert die Ernsthaftigkeit unseres Anliegens und trägt dazu bei, als Gesprächspartner akzeptiert zu werden.
- Die Zahl der Mitglieder beeinflusst unmittelbar die Präsenz und das Gewicht in den Medien und ermöglicht wirkungsvolle Lobbyarbeit.
- Viele Mitglieder schaffen die Basis für professionelle Strukturen und professionelles Marketing und unterstreichen damit die Seriosität der Geld- und Bodenreform-Bewegung.
- Ein starker, handlungsfähiger Verband ist notwendig, um jederzeit aktive Gruppen optimal unterstützen und betreuen und gleichzeitig Prominente, Multiplikatoren und Sponsoren ihren Bedürfnissen entsprechend einbinden zu können.
- Ein finanzstarker Verband ermöglicht es, an Instituten und Hochschulen Studien anzuregen und in Auftrag geben zu können, die sich mit der Notwendigkeit und Umsetzung unserer Anliegen befassen.

Und vor allem ...

... mit Ihrer INWO-Mitgliedschaft übernehmen Sie Mitverantwortung, zentrale und zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklungen gemeinsam voranzutreiben.



Mitgliederbetreuung in neuen Händen

Wir danken Annemarie Voß-Steigner und Erich Lange ganz herzlich für ihr langjähriges Engagement für unseren Verein und seine Mitglieder! Ab März übernimmt nun Annette Blank die Mitgliederverwaltung.

Annette Blank

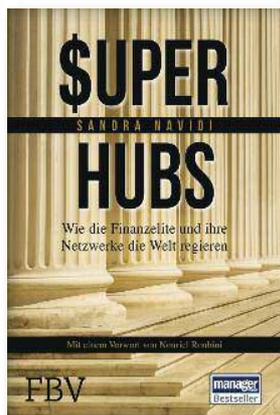
Tel. 0 22 32 - 15 63 68

Bürozeit: freitags, 11-15 Uhr

E-Mail: mitglieder@INWO.de

Sandra Navidi: Super-hubs. Wie die Finanzelite und ihre Netzwerke die Welt regieren. FBV, München 2016, 320 S., 19.99 €, ISBN-13: 978-3898799591

Super-hubs sind in der Netzwerktheorie die am besten vernetzten Knotenpunkte im Zentrum. In der Finanzwelt sind dies nur ein paar hundert Führungskräfte weltweit. Die deutsche Juristin Sandra Navidi hat Einblick in die Welt dieser internationalen Finanzelite gewonnen, u.a. als Research-Direktorin an Nouriel Roubinis RGE.



Navidi weiß: »Finanzchefs sind mächtig, weil das Finanzsystem die Basis für das Funktionieren unserer Gesellschaft ist.« (S.17) Die Super-hubs haben

Netzwerke, die ihnen »Geld + Informationen + Sozialkapital« verschaffen, und damit »unbegrenzte Opportunitäten«. (S.84) Netzwerktheoretische Erkenntnisse bringen Navidi aber auch zu dem Schluss, dass dieses komplexe, sich selbst erhaltende System aus Männerseilschaften durch diverse Rückkopplungen eine Dynamik entfaltet, die wachsende Instabilitäten, Chancenungleichheit und das weitere Auseinanderklaffen der Wohlstandsschere mit sich bringt.

So stellt sie eine interessante Frage: »Wäre es auch zu der Finanzkrise gekommen, wenn es anstatt eines Lehman Brother eine Lehman Sister gegeben hätte?« (S. 200) 2013 wurden nur sechs der größten 100 Finanzfirmen der Welt von Frauen geführt. Das sollte sich ändern. »Frauen haben aufgrund ihrer andersartigen Erfahrungen eine andere Perspektive und einen anderen Ansatz, Probleme zu lösen.« Ihre »holistische Betrachtung der Firma im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesamtkomplex« mache sie besonders für die Risikoeinschätzung wertvoll. (S. 201)

Außerdem empfiehlt Navidi, die Bevölkerung solle Druck auf ihre Politiker ausüben, denn durch staatliche Maßnahmen würden die Marktkräfte beeinflusst. (S. 288) Wie ihre Vorstellung von einem »Kapitalismus ...«, der allen Segmenten der Gesellschaft die gleichen Chancen bietet und Wohlstand gerecht verteilt« (S. 290), erreicht werden soll, dazu bietet das Buch leider kaum In-

haltliches, obwohl Navidi doch an Studien zu internationalen Finanzreformen gearbeitet hat.

Beate Bockting

Roland Geitmann: Sozialökonomische Weisheitsschätze der Weltreligionen. Verlag Religion & Kultur, Zell am Main/Würzburg 2015, 252 S., 20.00 €, ISBN 978-3-933891-29-7

Mit »Sozialökonomische Weisheitsschätze der Weltreligionen« wird eine thematisch sortierte Sammlung von Aufsätzen des Ende 2013 verstorbenen Roland Geitmann präsentiert. Der in Mecklenburg aufgewachsene Geitmann war von 1974-1982 Oberbürgermeister einer Stadt im Schwarzwald, anschließend bis 2006 Professor für Verwaltungsrecht an der Fachhochschule Kehl und von 1989-2009 Vorsitzender der Christen für gerechte Wirtschaftsordnung.

In der Kritik der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse nimmt Geitmann kein Blatt vor den Mund. Unser Wirtschaftssystem nennt er »zerstörerisch« und »verbrecherisch« (S. 100). »Wir leben in einem Dritten Weltkrieg, einem Wirtschaftskrieg der Wucherzinsen, des Preisverfalls und des ungleichen Austausches. Die Armen dieser Erde wehren sich mit Drogen und künftig vermutlich mit unaufhaltsamen Hungermärschen gen Norden und gen Westen«, schreibt er visionär bereits 1991. In der »Vorenthaltung des Bodens und [der] Privatisierung der Bodenrente« sieht er »weltweit Quellen sozialer Ungerechtigkeit und menschlicher Verelendung« (S. 72). Das Geldwesen sei »der tödliche Tumor der Gesellschaft und [bilde] den Kern struktureller Gewalt«. (S. 227) Unser »strukturell gewalttätiges Wirtschaftssystem« (S. 85) überfordere die Menschen und treibe sie immer wieder zu direkter Gewalt an. Letztendlich müsse »eine auf Zinseszins basierende und deswegen auf exponentielles Wachstum angelegte Wirtschaft (...) mit mathematischer Zwangsläufigkeit kollabieren.« (S. 97)

Das, was landläufig als »Finanzkrise seit 2007« bezeichnet wird, sieht Geitmann als überfälligen »schrittweisen Systemzusammenbruch«. Doch die in den USA und der EU ergriffene Maßnahme, »die Finanzblase mit Hilfe zusätzlicher Staatsverschuldung zu flicken«, zementiere und verschärfe »ein Tributzahlungssystem zugunsten einer reichen Schicht und [bedeute] monetäre Refeudalisierung.« (S. 224)

Geitmann argumentiert in den einzelnen Aufsätzen sehr prägnant. Die Form des Buches macht zwar einige Wiederholungen unvermeidlich, doch es ist den Herausgebern hoch anzurechnen, dass sie diese mehrmals unter Kenntlichmachung von Auslassungen und Verweis auf gleiche Argumente an anderer Stelle zu vermeiden wissen.

Ähnliche Erkenntnisse waren es offenbar, die religiöse und andere Denker über Jahrhunderte immer wieder dazu brachten, das Zinsverbot zu fordern oder es zu bekräftigen.

Geitmann analysiert und vergleicht in den Aufsätzen im ersten Teil des Buches die Zinskritik in den verwandten Religionen Christentum, Judentum und Islam. Im Christentum habe die Bedeutung des Zinsverbots deutlich stärker nachgelassen als in den beiden anderen Religionen. So markiere »die ersatzlose Streichung des Zins-Kanons im neuen Kirchengesetzbuch von 1983« (S. 143) das Ende des katholischen Zinsverbots. Im Islam dagegen werde die Frage nach zinslosen Geldgeschäften heute noch viel beachtet. Dies verdeutlicht auch ein lesenswertes Interview von MuslimMarket, in dem Geitmann meint: »Der Islam hält uns westlichen Industrienationen einen heilsamen Spiegel vor die Augen, in dem wir erschreckt erkennen, dass wir mit dem Rauptierkapitalismus das Gegenteil unseres christlichen Anspruchs verwirklicht haben.« (S. 159)

In einem seiner späteren Texte schreibt Geitmann, er sei durch seine Erziehung vertraut mit der christlichen Religion und die Musik erhalte seine Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche am Leben, doch diese prägte nicht mehr sein Denken (S. 168). Er wandte sich verstärkt der Antroposophie zu, wozu sechs Texte (von 1994 bis 2013) in das Buch aufgenommen wurden. Ein Interview zu seinem Wirken bei »Mehr Demokratie« schließlich ist ebenfalls enthalten, da es zeige, dass Geitmann »sehr wohl auch argumentativ von Religion losgelöst dachte und handelte« (Einleitung von Dieter Fauth, S. 10). So fordert uns Geitmann auf: »In der Demokratie trägt jeder Bürger Mitverantwortung für die zeitgemäße Fortentwicklung des Rechts.« (S. 68)

Vlado Plaga





Bestellen Sie weiterführende Literatur aus unserem Shopangebot!

Aktuell



Silvio Gesell: »Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat«. **Werkauswahl zum 150. Geburtstag.**

Ganz im Sinne von Gesells Hoffnung, die er 1928 zum Ausdruck brachte, soll diese Werkauswahl ein größeres Interesse an vertiefenden Studien wecken: »Das, was ich will, ist nicht Sache eines Menschen. Ich konnte die Richtung angeben. Das Übrige tun andere.« Heute könnte sich eine historische Chance zur Verwirklichung der Geld- und Bodenreformgedanken ergeben. Sie sollte genutzt werden, denn heute gilt wieder, was Gesell kurz vor dem Ersten Weltkrieg annahmte: »Warten wir nicht die Wirtschaftskrise, den Bruder- und Völkerkrieg ab, um eine geistige Arbeit zu verrichten, wozu Ruhe und Frieden unentzerrbare Voraussetzungen sind. Jetzt ist die Zeit, die Währungsfragen zu erörtern.«

Pb., 230 S., Verlag für Sozialökonomie 2011, 19.90 €, Art.Nr. E2



Fritz Schwarz: Das Experiment von Wörgl. **Ein Weg aus der Wirtschaftskrise.**

Das Experiment von Wörgl war der bekannteste praktische Versuch, die Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell umzusetzen. Es wurde nach eineinhalb Jahren von staatlicher Seite verboten. In der Zwischenzeit jedoch (1932/33) erlebte die Gemeinde Wörgl in Österreich mit ihrem Freigeldversuch einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung inmitten der Weltwirtschaftskrise.

Broschiert, 89 S., Synergia Verlag 2007, 10.01€, Art.Nr. K9

Standardliteratur zur Geld- und Bodenreform

Helmut Creutz: Das Geldsyndrom 2012, Broschiert, 483 S., Hochschulverlag 2012, 16.80 €, Art.Nr. A3

Arno Gahrman: Wir arbeiten, und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen, 224 S., Westend Verlag 2013, 17.99 €, Art.Nr. D5

Margrit Kennedy: Occupy Money. Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind, Broschiert, 112 S., Kamphausen Verlag 2011, 9.95 €, Art.Nr. I3

Christian Kreiß: Profitwahn. Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt, Broschiert, 232 S., Tectum Verlag 2013, 17.95 €, Art.Nr. C9

Dirk Lohr: Die Plünderung der Erde. Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung. Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomie, Broschiert, 485 S., Verlag für Sozialökonomie 2009, 34.00 €, Art.Nr. E5

Dirk Lohr: Prinzip Rentenökonomie. Wenn Eigentum zu Diebstahl wird. Mit einem Geleitwort von Gerhard Scherhorn, 198 S., metropolis Verlag 2013, 22.00 €, Art.Nr. I5

Werner Onken: Geld- und bodenpolitische Grundlagen einer Agrarwende, Broschiert, 125 S., Verlag für Sozialökonomie 2004, 8.00 €, Art.Nr. C6

Klaus Popp: Das Märchen vom guten Zins, Gebundene Ausgabe, 180 S., Signum Verlag 2006, 7.95 €, Art.Nr. A7

Gerhard Senft (Hg.): Land und Freiheit. Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne, 198 S., Promedia Verlag und Verein Kritische Geographie 2013, 15.90 €, Art.Nr. I9

Wera Wendnagel: Mama Moneta oder die Frauenfolge Pb., 201 S., Neuauflage INWO 2012, 9.80 €, Art.Nr. C9

Kostenloses INWO-Werbematerial zum Weitergeben oder zum Verteilen, Versandkostenpauschale: 3.50 €

Im **INWO-Shop auf der Homepage** können Sie weitere Literatur sowie Werbematerial wie Bierdeckel, T-Shirts usw. bestellen. www.INWO.de/shop

Versandbedingungen

Die angegebenen Preise sind Bruttopreise und enthalten bereits die Mehrwertsteuer von 7% für Schriften und Bücher bzw. 19% bei allen anderen Artikeln. Für Bestellungen innerhalb Deutschlands, mit einem Bestellwert unter 20 Euro, berechnen wir zusätzlich 3.50 € (inkl. 19% MwSt.) Versandkosten. Ab 20 € Bestellwert liefern wir versandkostenfrei. Innerhalb Deutschlands verschicken wir gegen Rechnung. Sendungen ins Ausland versenden wir nur noch gegen Vorkasse. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Widerrufsbelehrung finden Sie unter www.inwo.de/shop/allgemeine-geschäftsbedingungen/

Rechnungsadresse

Vorname*		Name*	
Straße*			
PLZ*	Stadt*	Land*	
Telefon		Email*	
Bemerkung: (Hier können Sie auch eine abweichende Lieferadresse angeben)			
Ort, Datum		Unterschrift	

Hinweis: Felder mit * sind Pflichtfelder. Ihre Daten werden nicht an Dritte weitergegeben!

Aufnahmeantrag

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift).
 Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
 Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).
 Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt mittels Kontoauszug belegt werden.

Vorname	Name	
Straße	Postleitzahl	Ort
E-Mail-Adresse (bitte angeben für regelmäßige Informationen)	Telefon (für Rückfragen – keine Telefonwerbung!)	
Ort, Datum	Unterschrift	

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht notwendig:

Geburtsdatum bzw. Jahrgang	Beruf/Tätigkeit
----------------------------	-----------------

Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

- Faltblatt Bekannte Internet Vortrag Seminar Sonstiges _____

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und nur durch vom Vorstand der INWO unmittelbar Beauftragte für vereinsbezogene Zwecke verarbeitet und genutzt. Die Daten dürfen dabei nicht an Dritte weitergegeben werden. Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg/F.

Wenn Sie **nicht** am Lastschrift-Verfahren teilnehmen möchten, bitten wir Sie **einen jährlichen Dauerauftrag** bei Ihrer Bank einzurichten. Wir bitten um Beitragszahlung bis zum 1. Mai des jeweiligen Jahres.

Gläubiger-Identifikationsnummer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO): DE90NWO00000047916

Einzugsermächtigung: Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.
SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.
Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN: DE _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _

Name des Kreditinstituts oder BIC: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

GLS-Geldgipfel 2016

Am 21. und 22. Mai 2016 veranstaltet die GLS Bank Stiftung ihren zweiten »Geldgipfel« in der Universität Witten-Herdecke. Nach der ersten, erfolgreichen Tagung 2014 (siehe »Geldgipfel läutet Geldwende ein« in Heft 2/2014), steht das Event diesmal unter dem Motto »homo civilis et oeconomicus«.

Das Menschenbild des homo oeconomicus hat Lehre und Praxis der Volks- und Betriebswirtschaft nachhaltig geprägt: Rationalität zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil – egal, wie groß der soziale und ökologische Fußabdruck für die nationale und internationale Volkswirtschaft und für zukünftige Generationen ist. Auf dem Geldgipfel wollen wir den »homo civilis et oeconomicus« ins Blickfeld rücken – den Handabdruck jener Menschen und Gruppen, für die realwirtschaftliche Wertschöpfung den Zweck hat, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedürfnisse von Menschen zu befriedigen. Das Verhältnis der Wirtschaft zur Gesellschaft muss sich ändern, ebenso der Blickwinkel der Gesellschaft auf die Wirtschaft. Dafür gibt es eine wachsende Anzahl von Beispielen: Im wissenschaftlichen Diskurs versammeln sich heute immer mehr Studierende und ProfessorInnen unter der Überschrift »Plurale Ökonomik«. Auch sie wollen weg vom einseitigen Dogma des homo oeconomicus.



Und in der Gesellschaft gibt es immer mehr BürgerInnen, die nicht nur WahlbürgerInnen und SteuerzahlerInnen sein wollen, sondern auch WirtschaftsbürgerInnen, die Sozialunternehmen gründen und Genossenschaften und in vielfältiger Weise dem tradierten Verständnis des homo oeconomicus von Eigentum und Profit wirtschaftliche Alternativen entgegenstellen, um Wirtschaft und Gesellschaft als Gemeinschaft zu verbinden. Der Geldgipfel findet statt in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen. Das Bild vom homo oeconomicus ist ursächlicher Teil des Problems, nicht Teil der Lösung. Menschen, Unternehmen, Regionen, Länder und Kontinente haben zu lange ignoriert, dass die Globalisierung von Wirtschaft und Information eine Verbundenheit erzeugt hat, der wir uns

nicht mehr entziehen können. Welche Rahmenbedingungen braucht eine Geld-, Finanz- und Wirtschaftsordnung, die diesen Aufgaben gerecht werden kann? Für den homo civilis et oeconomicus geht diese Herausforderung einher mit dem Verlust von sicher geglaubten Gewissheiten und Selbstverständlichkeiten. Welche Werte halten unsere Gesellschaften zusammen? Was bleibt von der Europäischen Union, wie entwickelt sie sich weiter, wie stellen wir uns zu den auch von der EU wesentlich mit zu verantwortenden Ursachen von Flucht und Vertreibung aus Afrika und dem Nahen Osten?

Ab Mitte April 2016 kann man sich online anmelden. Weitere Informationen unter: www.glsbankstiftung.de/besucherinnen/geldgipfel-2016/

5. Internationale Degrowth-Konferenz

Nach der großen Konferenz im September 2014 in Leipzig (siehe Heft 3 und 4/2014), findet vom 30. August bis zum 2. September 2016 die 5. Internationale Degrowth-Konferenz in Budapest statt.

Mit dem Konferenzort in Ungarn steht die 5. Degrowth in einem post-sozialistischen Kontext und soll Postwachstums-Diskussionen aus verschiedenen Teilen Osteuropas integrieren. Dazu wird es im Vorfeld der Konferenz Treffen in verschiedenen Ländern der Region geben. Außerdem wird sich die Konferenz auf die Arbeit von bedeutenden osteuropäischen Denkern beziehen, welche aktuelle Degrowth-Debatten inspirieren – zum Beispiel Karl Polanyi, Ivan Illich und Nicholas Georgescu-Roegen. Das Organisationsteam freut sich auf dem Erfolg der Konferenz 2014 aufzubauen, die von mehr als 3.000 Teilnehmenden aus über 74

Ländern besucht wurde. Das heißt nicht, dass die Konferenz in Budapest genauso groß werden muss oder soll. Die VeranstalterInnen planen eine konviale Veranstaltung und stellen sich der Herausforderung, eine Konferenz nach dem Motto »small is beautiful and meaningful« zu organisieren.

Mehr Information gibt es auf Englisch unter www.budapest.degrowth.org sowie auf Deutsch unter www.degrowth.de.



»Mit dem Freigeld verschwindet von der ersten Stunde an der Urzins, der darauf zurückzuführen ist, daß das heutige Geld – weil es besser als die Ware ist (als Sparmittel betrachtet) – den Tausch unterbrechen kann. Mit dem Freigeld soll dieser Vorteil, den der Geldbesitzer hat, beseitigt werden. Würde dieser Zweck nicht erreicht, so wäre das Freigeld, so wie es vorgeschlagen ist, noch nicht richtig ausgeführt. Es müsste dann noch besser, also als Ware gedacht: noch schlechter geachtet werden, so schlecht, daß niemand mehr im Besitze des Geldes einen Vorteil gegenüber dem Besitze der Waren erblicken könnte.«

Silvio Gesell, dessen Hauptwerk »Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld« (NWO) vor 100 Jahren erschien, am 11.11.1929 in einem Brief an Hans Strung

Negativzinsen wurden eingeführt – aber **Freigeld** ist noch nicht erreicht

Erbaut
mit Freigeld
im Jahre 1933
von d. Gemeinde
Wörgl.

»Zu Negativzinsen: Anstatt damit die Banken zu bestrafen, sollte man den Banken ermöglichen, wieder ihre Spanne zu verdienen. »Bestraft« die Sparer. Bargeld sollte Zinsen kosten – mit einem Mikrochip auf großen Banknoten oder durch Kostenpflichtigkeit von Bargeldabhebungen. Man muss das Ausgeben anregen, nicht das Sparen/Horten. So könnten Hypothekenzinsen negativ sein und die Banken würden trotzdem ihre Spanne verdienen. Die Spanne ist das Problem, nicht die Zinsrate (...)
Der 31. Juli 1932 in Österreich war ein großer Erfolg; der 1. September 1933 der Anfang vom Ende (s. Experiment von Wörgl, Gesell)«

Dominic Konstam, Global Head of Rates Research bei der Deutsche Bank AG, am 9.2.2016 in einer Mail, zitiert nach Zero Hedge:
<http://www.zerohedge.com/news/2016-02-09/deutsche-bank-terrified-here-what-needs-be-done-its-own-words>